

Die neue Linke

1

Woran sie glauben:
Der ideologische Hintergrund

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

WORAN SIE GLAUBEN: DER IDEOLOGISCHE HINTERGRUND

Wer ist die „neue Linke"?

Ein Sammelbegriff für ein politisch bunt zusammengewürfeltes Gebilde*. Auffassungen und Argumente der linken Gruppierungen klaffen oft himmelweit auseinander. Es gibt keine gemeinsame Theorie, keine gemeinsamen Überzeugungen, kein gemeinsames Programm. Es kann deshalb auch keine Auseinandersetzung mit „dem Programm" der neuen Linken geben; bestenfalls lassen sich einige Theorien, Gedanken und Schlagworte kritisch überprüfen.

Trotz unterschiedlicher Agitationsfelder *verbindet die einzelnen Gruppen der neuen Linken ein ebenso einfaches wie umfassendes ideologisch-dialektisches Konzept*. Es beruht auf der Grundthese vom:

Gegensatz von Kapital und Arbeit

- *Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit* und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit des Klassenkampfes.
- Der Mensch ist danach nicht nur faktisch abhängig vom Produktionsprozeß; er ist darüber hinaus unfähig, seine Lage zu erkennen. Sein Bewußtsein ist zurückgeblieben.

Nach Ansicht der neuen Linken gibt es keinen menschlichen Bereich, der nicht in dem Zwiespalt von Kapital und Arbeit

* Vgl. dazu die Arbeitspapiere „Linksextremistische Gruppen und ihre Agitationen im Bereich der Wirtschaft", bearbeitet durch die Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Juni und Oktober 1970.

steht. Jede gesellschaftliche Situation ist das Ergebnis einer allgemeinen Abhängigkeit von diesem ökonomischen Grundwiderspruch sowie vom dialektischen Prozeß des Klassenkampfes.

Diesem Konzept ist, soweit es auf Marx zurückgeht, in der wissenschaftlichen Literatur seit hundert Jahren widersprochen worden. Generationen von Wissenschaftlern haben sich mit der Theorie des Sozialismus und des Kommunismus ausauseinandergesetzt. Dies gilt ebenso für die Marxschen Auffassungen über den Arbeitswert, Mehrwert, Tauschwert, Gebrauchswert wie über die Profittheorie.

Marxistische Theorien

Die neue Linke geht einen Schritt weiter: Sie macht diese Theorien wieder „attraktiv", indem sie neue „Werte" (sogenannte emanzipatorische Kategorien) in die Diskussion einführt, die mit erfahrungswissenschaftlichen Argumenten nicht angreifbar sind. *Diese neuen Denkkategorien sind:*

Neue Denkkategorien

- die Hoffnung auf einen „neuen Menschen",
- der Gedanke der realen oder konkreten Utopie.

Der manipulierte Mensch

Die Theoretiker der neuen Linken sagen: Nach der Zerstörung der derzeitigen gesellschaftlichen Ordnung wird der Mensch im weitesten Umfang Freiheit, Friede, Ruhe und Glück genießen. Dazu bedarf es jedoch eines „neuen" Menschen. Denn:

- Die Menschen von heute, so wird behauptet, sind manipuliert, sie sind befangen in technischem Fortschritt, Konsumdenken, erstarrten Institutionen und Bürokratismus. Die Freiheit des Individuums wird dadurch beschränkt, daß es in der modernen Konsumgesellschaft durch Werbung und vielfältige Manipulation unaufhörlich gezwungen wird, Bedürfnisse zu befriedigen und

Die falschen Bedürfnisse

Güter zu erwerben, die gar nicht seinen wahren Lebenserfordernissen entsprechen; es sind *falsche Bedürfnisse, die dem Menschen unserer Zeit aufgezwungen werden. Der ständige „Kaufzwang", aber auch die Langeweile der bürgerlichen Konsumgesellschaft zerstören die Tatkraft des Menschen.* Ernst Bloch, einer der philosophischen Bannerträger der neuen Linken, in einer Diskussion in Bad Boll: „Mitten in den Konsumgesellschaften, mitten in den Wohlstandsgesellschaften brechen Revolutionen aus, weil die Langeweile, genau wie die Not, in sich einen Anstoß enthält, mit ihr zu brechen."

Wohlstand und Überfluß?

Dieses Argument ist problematisch. Für die meisten Menschen sind Wohlstand und Konsum angenehme Dinge, die sie bejahen, weil sie Not und Entbehrung kennen. Und in vielen Ländern der Welt, einschließlich der sozialistischen, kann auch heute noch eher von Unterkonsum als von Überfluß gesprochen werden. Die junge Linke in den entwickelten Industriestaaten kennt diese Situation aus eigenem Erleben nicht. *Die Annehmlichkeiten des Wohlstands sind ihr gleichgültig, weil sie in einer Wohlstandszeit ohne Arbeitslosigkeit, Hunger, Not, Angst und unmittelbare Lebensbedrohung groß geworden ist.*

Der Klassenkampf ist tot

In der Tat: Gerade die Arbeiter sind heute nicht mit revolutionären Parolen zu gewinnen. Das haben auch die Gewerkschaften erfahren. Adalbert Höhne (DGB-Landesbezirk Hamburg) erklärte in einer Rundfunkdiskussion über das Verhältnis der Arbeiter zur Linken: „Man ist froh über das Erreichte, man ist sicherlich bereit, Evolutionen weiterhin mitzumachen. Aber ein sogenannter latenter revolutionärer Geist oder ein revolutionäres Bewußtsein, das gibt es im Moment nicht . . . *Den klassenbewußten Arbeiter gibt es im Grundsatz nicht mehr.*"

Dieser Widerspruch wird von den linken Theoretikern sehr einfach gelöst. Herbert Marcuse, einer der „Großväter" der neuen Linken, sagt: Daß die meisten Menschen Wohlstand und Konsum bejahen, ist ein falsches Bewußtsein, das geändert werden muß. In der Zufriedenheit der Arbeiter, die in der modernen Industriegesellschaft keine Existenzsorgen haben, sieht Marcuse eine Gefahr, weil der revolutionäre Geist zu erlahmen drohe.

Marcuse: Das Bewußtsein ändern!

Daraus folgt: Nicht die Arbeiter, deren Bewußtsein zurückgeblieben ist, sollen die erwartete und erwünschte Revolution machen, sondern:

— das intellektuelle Proletariat,
— Schüler und Lehrlinge,
— Entwicklungsländer.

Die konkrete Utopie

Das Problem der Linken ist also:

▶ Wie kann das fehlende „revolutionäre Potential" wiederbelebt werden?

Da unser Bewußtsein und unsere Bedürfnisse „falsch" sind, entwickeln Linksphilosophen wie etwa André Gorz („Zur Strategie der Arbeitnehmerbewegung"), vor allem aber Marcuse, *neuartige Bedürfnisse:*

Die neuen Bedürfnisse

„Die neuen Bedürfnisse, die nun wirklich die bestimmte Negation der bestehenden Bedürfnisse sind", sagt Marcuse, „lassen sich vielleicht summieren als Negation der das heutige Herrschaftssystem tragenden Bedürfnisse und der sie tragenden Werte . . . Negation des *Leistungsprinzips,* der *Konkurrenz,* Negation des heute ungeheuer starken Bedürfnisses nach *Konformität,* nicht aufzufallen, kein Außenseiter zu sein, Negation des Bedürfnisses nach einer verschwendenden, zerstörenden *Produktivität,* die mit Destruktion un-

trennbar verbunden ist, Negation des vitalen Bedürfnisses nach verlogener *Triebbefriedigung*".

Friede, Freiheit, Glück . . .

Diese Bedürfnisse, so erklärt Marcuse, werden abgelehnt und ersetzt durch das Bedürfnis nach Frieden, das Bedürfnis nach Ruhe, das Bedürfnis nach Alleinsein, die Sphäre der Privatheit, das Bedürfnis nach Glück. Marcuses Freiheitskatalog sieht so aus: *Freiheit von der Wirtschaft, Freiheit vom täglichen Kampf ums Dasein, Befreiung der Individuen von einer Politik, über die sie keine wirksame Kontrolle ausüben, Freiheit von Massenkommunikationsmitteln und der Massenschulung und Wiederherstellung des individuellen Denkens.*

Nein zum Leistungsprinzip

Die Schlußfolgerung lautet also: Nein zur Technik, zum Konsumdenken, zum Leistungsprinzip, zu den Massenmedien und allen Institutionen (also auch Kirchen, Schulen, Parteien, Verbände). Sie fördern angeblich ein falsches Bewußtsein und müssen daher in ständiger Revolution abgeschafft werden.

Damit aber macht man es sich sehr einfach. Denn: Ablehnung des Leistungsprinzips, des Wettbewerbs, der Massenkommunikationsmittel, Abschaffung des jetzigen Schul- und Hochschulsystems bedeuten keineswegs, daß die Gesellschaft verbessert, sondern daß sie aufgegeben wird. Die industrielle und technische Entwicklung ist nicht aufzuhalten; Wohlstand, Produktivitätssteigerung, Leistung und Bildung bedingen sich gegenseitig. Die neue Bedürfnisstruktur Marcuses — Friede, Ruhe, Privatheit, Glück — ist daher eine Utopie, eine romantische Idylle.

Romantische Idylle?

Die neue Linke sieht darin keine Utopie. Die Verwirklichung ihrer Ideen erscheint ihr selbstverständlich. Schon Engels schreibt in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft": „Der Sozialismus ist ihnen allen der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit

braucht nur entdeckt zu werden, um durch eigene Kraft die Welt zu erobern."

Die Linke will keine Utopien; *sie will die Verwirklichung ihrer Idee vom neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft.*

Warten auf den „neuen Menschen"

Mit ihrer Hoffnung auf Bewußtseinsänderung des Menschen setzt die Linke auf einen „neuen Menschen", den ein neuer, humanitärer Geist erfüllen soll. Dieser Glaube an den neuen Menschen bringt die Weltanschauung der Linken in die Nähe einer Ersatzreligion, die nicht selten verbunden ist mit einem eifernden Messianismus.

Ersatz-religion

Charakteristisch dafür sind:

- Der Gedanke der Erlösung der Menschheit durch geheimes Heilswissen oder „richtiges Bewußtsein";
- Führerpersönlichkeiten, die als Heilsbringer gelten (Mao, Che Guevara u. a.);
- ein starrer Dualismus: Sozialismus und Dritte Welt sind ohne jede Einschränkung gut, Kapitalismus ist böse.

Kein Wunder, daß viele junge Revolutionäre fasziniert auf Fidel Castro und Che Guevara blicken, daß Castros Kuba und Maos „rotes Paradies" zu demokratischen Paradebeispielen werden. Mit der räumlichen Entfernung wächst die Verklärung.

Vorbild: Mao und Che

Günter Grass hat sich über „das Arsenal rührend altmodischer Revolutionsvorstellungen" und über die romantischen Träumereien mancher Linker mokiert: „Zwar müssen Marx, Mao und Marcuse die Zitate hergeben, doch mir will es seit langem so vorkommen, als versuchte sich wieder einmal der deutsche Idealismus mit Hilfe des Studentenprotests zu regenerieren. Denn woher kommt diese Sucht, Bilder als Vorbilder und die rote Fahne als Wert an sich durch die Straßen zu führen? Der tote Revolutionär Che Guevara kann sich

nicht dagegen wehren, wenn er heute in Deutschland romantische Bedürfnisse als Pin up befriedigen muß."

Der unbedingte „Heilsglaube" hat zur Folge: die extreme Linke ist aufgebrochen, Andersdenkende zu ihrer Weltanschauung zu bekehren. Sie hält ihre große *Offensive gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung* für voll berechtigt, weil sie sich im Besitz der absoluten Wahrheit glaubt. Nach Ekkehart Krippendorff, einem prominenten Theoretiker der APO, hat die Linke, und zwar auch noch die extreme Linke, immer das Element der historischen Wahrheit für sich, dagegen die Rechte, und zwar auch die gemäßigte Rechte, das Element der Unwahrheit und des Unrechts.

Elitedenken und Intoleranz

Die Gewißheit, daß alle Andersdenkenden im Unrecht sind, führt zu *höchster Intoleranz* der extremen Linken. *Autoritäres Verhalten und Elitedenken* zeichnen gerade die Gruppen aus, die von „Demokratisierung und Herrschaftsabbau" in allen Bereichen sprechen. ■

In den nächsten Ausgaben:

Wie sie vorgehen: Die Strategie

Denker der Linken: Herbert Marcuse

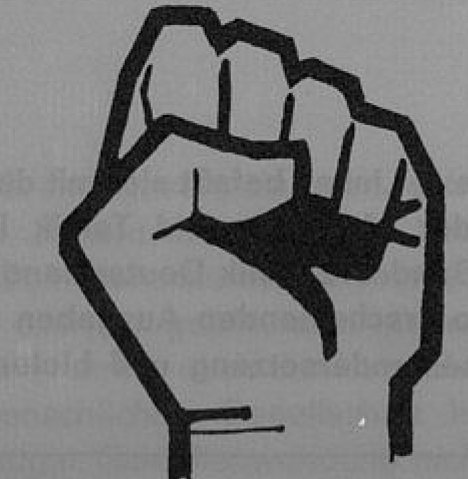
Warum sie Sozialismus wollen: Kritik an der Wirtschaft

Was sie behaupten: Die Schlagworte



Herausgegeben im Auftrag der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e.V.

5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Postfach 510 670



Die neue Linke

2

Wie sie vorgehen: Die Strategie

Die Reihe „Die neue Linke“ befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

WIE SIE VORGEHEN: DIE STRATEGIE

Der Erfolg revolutionärer Bewegungen hängt erfahrungsgemäß nicht von der geistigen Kraft der Angreifer, sondern von der Schwäche und Unsicherheit des angegriffenen Systems ab. Ein wesentlicher Teil des Echos, das die neue Linke heute findet, beruht auf dieser Erkenntnis. Die „schweigende Mehrheit", die Masse der Nichtengagierten verhält sich teils wohlwollend, teils ablehnend, teils gleichgültig.

Die Formen des Protests

Die Kritik an der bestehenden Gesellschaft wird von den verschiedenen Gruppen der Linken mit unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Formen zum Ausdruck gebracht. Sie reicht

- von der romantischen Sehnsucht nach dem einfachen Leben, das vom Leistungszwang befreit ist (Hippies),
- über den „Marsch durch die Institutionen" mit dem Ziel, das System von innen her aufzubrechen,
- bis zu anarchistischen Versuchen, den Weg in eine schönere Zukunft mit Gewalt freizukämpfen.

Gewalt als moralische Pflicht

Die Theoretiker der neuen Linken vertreten ihre Theorien mit einem absoluten Geltungsanspruch, der nahezu jedes Mittel zu ihrer Durchsetzung zu rechtfertigen scheint. Das bedeutet: Die Verwirklichung ihrer Ideen darf nicht durch

irgendwelche Ordnungsvorstellungen gebremst oder verhindert werden. Arnold Gehlen (s. S. 8) meint: „Wer die Flagge der großen Menschenwerte voranträgt, spricht folglich im Namen aller, er gehört also einer tatbereiten Minderheit an, d. h. er strebt nach der Herrschaft." Zur Verbesserung der menschlichen Gesellschaft hält ein Teil der neuen Linken sogar *Gewaltanwendung nicht nur für legitim, sondern für notwendig.*

Ist Gewalt legitim?

In „Kultur und Gesellschaft" schreibt Herbert Marcuse (s. Seite 8), der gefeierte Philosoph der Linken: „Im Kampf um Freiheit, im Interesse des Ganzen gegen partikuläre Interessen der Unterdrückung *kann Terror zur Notwendigkeit und Verpflichtung werden.* Hier erscheint Gewalt, revolutionäre Gewalt, nicht nur als politisches Mittel, sondern als *moralische Pflicht.*" Und weiter: „Ich behaupte nicht, daß Gewaltlosigkeit als Prinzip der Strategie angewandt oder gepredigt werden muß. Ich setze keineswegs Humanität und Gewaltlosigkeit gleich, im Gegenteil, ich habe von Situationen gesprochen, in denen es genau *im Interesse der Humanität liegt, Gewaltlosigkeit zu vermeiden und zur Gewalt überzugehen . . .*".

Ergebnis solcher Theorien sind Slogans von APO-Fanatikern wie: „Gegen Aktionäre helfen nur Gewehre" oder „Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten". APO-Zeitschriften („Radikalinski", „Linkeck", „Charly kaputt") enthielten detaillierte Anweisungen über den Bau von Bomben und Sprengsätzen und behandelten mit der Gebrauchsanweisung auch gleich die Kostenfrage: „Für achtzig Pfennige baut man einen einfachen Molotow-Cocktail." Die Zeitschrift „Charly kaputt" verriet, daß bei taktisch geschickter Anwendung der Explosionskörper Warenhausetagen im Werte von zwei Millionen Mark eingeäschert werden können: „Der MC-Einsatz (Molotow-Cocktail) bedeutet *Minimalinvestition* bei fast unbegrenztem *Maximaleffekt.*"

Parolen fordern Gewalt

Allerdings: Drastische und spektakuläre Vorhaben wie Sabotagemaßnahmen und -rezepte sind in letzter Zeit seltener geworden. Man gibt subtileren Methoden den Vorzug. Nur noch einzelne anarchistische Minderheiten und Gruppen scheinen zum terroristischen Kampf für eine „bessere Welt" entschlossen zu sein.

Das Ziel nicht erreicht

Die Mehrheit der früheren außerparlamentarischen Opposition hat offensichtlich bemerkt, daß die ursprüngliche Strategie — Demonstrationen und oft in gewalttätige Auseinandersetzungen ausartende Kundgebungen — nicht zum Ziel führt. Die angestrebte Solidarisierung großer Teile der Bevölkerung und das Bündnis mit der Arbeiterklasse blieben aus. Im Gegenteil: die Initiatoren wurden als Außenseiter der Gesellschaft angesehen; sie verprellten die Bürger, die sie eigentlich überzeugen wollten.

So änderte man die Strategie, als man erkannte, daß man von der Masse der Bevölkerung isoliert war. Die neue Strategie heißt:

Systemwandel durch Provokation

Konflikte schaffen

Sie besteht darin, Konflikte überall dort zu schaffen, wo zumindest begrenzte Solidarität oder Toleranz zu erwarten ist, also z. B. bei

— Hausbesetzungen,
— Aktionen gegen sogenannte „Kriegsforscher",
— der Abschaffung von Leistungsprüfungen,
— tatsächlichen oder vermeintlichen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Mißständen.

Autoritäten provozieren

Das Ziel solcher Aktionen: Autorität und Rechtsordnung solange zu provozieren, bis diese wie erwartet reagieren: autoritär und mit Unterdrückung (repressiv). Wenn die provozierten Autoritäten nicht eingreifen, ist der Erfolg dennoch gewährleistet: Die Aktion führt zum Verfall der

Rechtsordnung. Ein interessantes Beispiel bietet Berlin: dort stellt der Senat einerseits fest, daß die roten Zellen verfassungswidrig sind, andererseits lehnt er die Anwendung des geltenden Rechts gegen sie ab.

Der lange Marsch durch die Institutionen

Die neue Linke praktiziert gegenwärtig ein anderes, auf längere Sicht angelegtes Konzept: Man hat erkannt, daß

- die Differenziertheit der heutigen Welt es nicht zuläßt, die Revolution in einem Schritt zu tun. Notwendig ist statt dessen ein „langer Marsch durch die Institutionen" (wie Rudi Dutschke es ausdrückte).

Revolution nicht in einem Schritt

„Bei der Kritik der bestehenden Zustände", so schreibt Andreas von Weiß (s. Seite 8), „neigt der Konservative zu einer Kritik an Personen, der Progressive kritisiert die Institutionen." In der Tat verfolgt die Linke das strategische Konzept, weite Bereiche der gesellschaftlichen Ordnung — Bundeswehr, Polizei, Hochschule, Parteien und Justiz — nach und nach durch einen „langen Marsch" der ideologischen Propaganda zu verunsichern und in die Hand zu bekommen.

Dieser Versuch scheint in jüngster Zeit erfolgreich zu sein. Das — übrigens völlig legitime — Vordringen junger Leute in den Parteiorganisationen, die bewußt „progressive" politische Einstellung dieser Gruppen, die nicht nach der politischen Durchsetzbarkeit ihrer Ziele fragt, die Auseinandersetzungen zwischen dem „Establishment" der Parteien und ihren Jugendorganisationen — das alles beweist:

Hinein in die Institutionen

- Die neue Linke hat einen wesentlich wirksameren Weg gefunden, ihre Ziele zu erreichen, als Gewalttätigkeiten und Straßenschlachten. Man agiert nicht mehr außerhalb, sondern innerhalb der Institutionen.

Die Jungsozialisten in der SPD, die Jugendorganisation der Partei, beschreiben ihre Strategie auf dem seit einiger Zeit sehr aktiv bearbeiteten Gebiet der Kommunalpolitik so:

— Aktivierung und Mobilisierung der Interessen der Wohnbevölkerung;

— Veränderung der kommunalpolitischen Institutionen und Rahmenbedingungen durch Parteiarbeit, durch Mitarbeit in den Institutionen.

Die Mobilisierung der Wohnbevölkerung soll dabei ansetzen an den Ergebnissen der Kommunalpolitik und diese mit den kollektiven Bedürfnissen konfrontieren (Beispiele: Nulltarif, soziale Einrichtungen, Wohnungen, Sanierung).

Betriebsarbeit linker Gruppen

Zu beachten ist: Neuerdings entwickeln sich Teile der ursprünglich antiautoritären Bewegung

Kaderarbeit

— unter dem Eindruck der eigenen Protesterfolge gegen ein „verunsichertes" Bürgertum, die man organisatorisch nicht ausnutzen konnte, und

— unter dem Einfluß der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

zu einer straff gegliederten Kaderorganisation. Die straffe Organisation gibt erst die Möglichkeit, Aktivitäten der sich formierenden neuen Linken über den ursprünglichen Ansatzpunkt bei den Universitäten in die Gesellschaft hineinzutragen.

Die Arbeit dieser Gruppen zielt insbesondere auf die Betriebe*).

* Vgl. dazu die Arbeitspapiere „Linksextremistische Gruppen und ihre Agitationen im Bereich der Wirtschaft", bearbeitet durch die Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Juni und Oktober 1970.

Die Ansatzpunkte:

Konfliktsituationen und Mißstände im Betrieb. „Ansatzpunkte unserer politischen Arbeit müssen die Bedingungen im Betrieb sein, mit denen der Arbeiter tagtäglich und physisch konfrontiert ist" (Revolutionäre Betriebsarbeit, Arbeitspapier des inzwischen aufgelösten SDS).

Konflikte schaffen

Die Strategie:

— Kaderbildung „von außen", wie sie von DKP und SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) praktiziert wird. Genossen, meist Studenten, gehen als Arbeiter in die Betriebe, sammeln Informationen und bilden durch intensive persönliche Kontakte Kader. Die Betriebsfremdheit der Agitatoren erschwert jedoch eine echte Solidarisierung mit den Arbeitern.

— Kaderbildung von innen und außen: Die internen Kader werden von echten Betriebsangehörigen getragen; es besteht Unterstützung von außen und die Möglichkeit einer Solidarisierung nach innen. Die Initiative für solche Agitationen liegt bei ausgewählten Stadtteilgruppen. Diese treten in Aktion, um durch massiven Druck von außen der Gefahr vorzubeugen, daß die Kadermitglieder von Entlassung bedroht werden.

Problem: Solidarisierung

Die Politisierung der Arbeitnehmer erfolgt in zwei Phasen:

① *Die theoretische Vorarbeit:* In diesem Stadium werden gesellschaftskritische Analysen unternommen; tatsächliche Mißstände sichtbar gemacht und angebliche gesellschaftliche Mißstände in die Agitation einbezogen; die Fixierung von Angriffszielen und Planung konkreter Aktionen sind die nächsten Schritte.

Klassenkampf wiederbeleben!

② *Die praktische Durchführung:* Ziel ist die Entwicklung des Klassenbewußtseins in intensiver, persönlicher Arbeit. Sie geht aus von einer Analyse der persönlichen Situation,

die mögliche Quellen von Unzufriedenheit und Konfliktsituationen aufdecken soll. Sie soll anschließend die persönlichen Probleme als Klassenprobleme bewußt machen. Die dritte Phase besteht in der Aufklärung über die Benachteiligung der Arbeiterschaft gegenüber den Intellektuellen oder den politischen Machtträgern, in der Aufforderung zur Solidarisierung mit linksextremistischen Gruppen und Gewinnung für den revolutionären Klassenkampf. Ziel ist die tatsächliche Solidarisierung durch gemeinsame Ausführung von Protestaktionen.

Streik dient dem Klassenkampf

▶ *Mittel des Klassenkampfes* und des politischen Widerstands ist der Streik. Er wird als Ansatzpunkt zu einem umfassenden ökonomischen Kampf betrachtet, in dem der Keim des zu entwickelnden politischen Kampfes angelegt ist. Er soll die praktischen Bedingungen für einen späteren Klassenkampf schaffen.

Wenn auch die Strategie der Linken sich von Zeit zu Zeit und je nach den Gegebenheiten ändert, ihr Ziel bleibt die „Überwindung" oder Beseitigung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. ■

Literaturhinweise:

Gehlen, Arnold: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Athenäum Verlag, Frankfurt, Bonn, 1969.

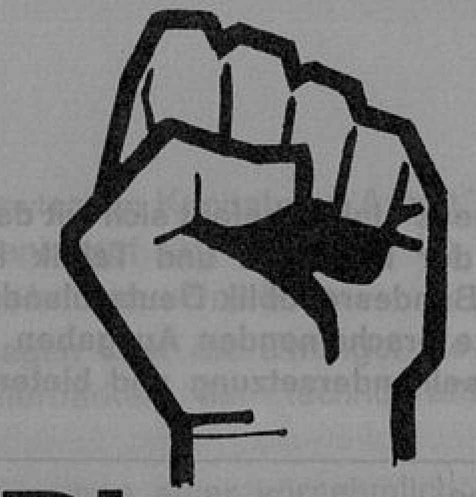
Marcuse, Herbert: Kultur und Gesellschaft, Edition Suhrkamp, Bd. 101 und 135.

Weiß, Andreas von: Die neue Linke — Kritische Analyse, Harald Boldt Verlag, Boppard 1969.



Herausgegeben im Auftrag der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e.V.

5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Postfach 510 670



Die neue Linke

3

Warum sie Sozialismus wollen: Kritik an der Wirtschaft

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

WARUM SIE SOZIALISMUS WOLLEN: KRITIK AN DER WIRTSCHAFT

In der Schußlinie der neuen Linken steht in erster Linie das System der „kapitalistischen" Wirtschaft. Ihm werden pauschal alle Mißstände und Unzulänglichkeiten unserer Zeit angelastet. Der „Spätkapitalismus", so die Kritiker, sei ungerecht und überholt und müsse durch ein sozialistisches System ersetzt werden.

Höhere Leistung ...

Man fordert also die Abschaffung des „kapitalistischen" Systems, obwohl es (und das gestehen ihm sogar seine Kritiker zu)

- nachweislich wesentlich effektiver ist,

... mehr Freiheit

- nachweislich einen erheblich höheren Freiheitsspielraum gewährleistet als andere Systeme.

Darüber gibt es nichts zu diskutieren: Die Marktwirtschaft hat sich als äußerst leistungsfähige Wirtschaftsform erwiesen. Sie hat in den westlichen Industriestaaten zu einem zivilisatorischen Fortschritt ohnegleichen, zu einer Steigerung des allgemeinen, breit gestreuten Wohlstands in einem früher unvorstellbaren Ausmaß geführt.

Der Sozialismus ist dagegen den Beweis seiner materiellen Leistungsfähigkeit bisher schuldig geblieben. Verschiedene sozialistische Länder (z. B. Jugoslawien, Ungarn*) versuchen deshalb, marktwirtschaftliche Elemente in ihren Sozialismus einzubauen, um dessen Leistungsfähigkeit zu steigern.

Warum also die Kritik? Vordergründig argumentiert die neue Linke mit dem behaupteten, aber unbeweisbaren

---

* Vgl. die Hefte „Jugoslawien" und „Ungarn" in der Schriftenreihe „Sozialistische Modelle". Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, Köln 1971.

„Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit", der unabwendbar zum Klassenkampf führen müsse. Im Hintergrund stehen aber andere kritische Einwände:

Die kapitalistischen „Mißstände"

- Das Unbehagen über die Zwänge, die Anonymität und die Unkontrollierbarkeit der technokratisch gesteuerten Welt.
- Die Substanzarmut einer vornehmlich konsumorientierten Wohlstandsgesellschaft.
- Die primitiven, nur am „Nutzen" orientierten Zielsetzungen einer „Gesellschaft im Überfluß" (affluent society).
- Das materialistische Leistungssystem, das wesentliche menschliche Grundbedürfnisse vernachlässige.

Zwang und Anonymität

Es ist nicht zu leugnen: die Wirtschaftssysteme der hochtechnisierten Industriegesellschaften sind von vielen „Zwängen" durchsetzt:

— Arbeitsteilung, Spezialisierung und Verflechtung im Wirtschaftsprozeß verengen den Horizont und Handlungsspielraum des einzelnen;

Abhängigkeit nimmt zu

— die uns umgebenden Sachverhalte und Zusammenhänge werden immer komplizierter und undurchschaubarer;

— moderne Produktionsbedingungen, Massenerscheinungen und technisierte Lebensverhältnisse beeinträchtigen die private Sphäre des einzelnen;

— steigende Ansprüche an den Staat im Bereich der Daseinsvorsorge erhöhen die Abhängigkeit von kollektiven Versorgungs- und Sozialsystemen;

— moderne Technik und gehobener Wohlstand gehen einher mit einer hochgradigen Verletzlichkeit und Störanfälligkeit des komplizierten Versorgungssystems.

Allerdings — und das wird oft übersehen:

- *Diese Zwänge sind keine ausschließlichen Kennzeichen einer modernen Marktwirtschaft.* Sie treten ebenso in den

entwickelteren sozialistischen Ländern auf — oder sie würden auftreten, wenn dort die wirtschaftliche und technische Entwicklung weit genug fortgeschritten wäre.

Angst und Zukunftsgläubigkeit

Dabei ist völlig klar: Mit diesen Zwängen werden manche Menschen nicht fertig. Sie sind hin- und hergerissen zwischen Zukunftsgläubigkeit und Angst. Es fällt ihnen schwer, die Dynamik der Veränderung der technischen, ökonomischen und sozialen Umweltbedingungen zu verstehen. Sie sind unsicher und ratlos vor den Zwängen und Gefahren, aber auch vor dem materiellen Überfluß, der Informationsflut und Reizschwemme, die auf sie einstürmen. Sie verstehen die Ursachen, Zusammenhänge und Wirkungen ihrer technischen und ökonomischen Umwelt nicht.

▶ Kein Wunder: Für einen großen Teil unserer Intelligenz gelten Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge beinahe als „ehrenrührig"; zur allgemeinen Bildung zählen Latein oder die Feldzüge Alexanders eher als Kenntnisse über die Funktion des Gewinns oder des Wettbewerbs.

Fortschritt und Leistung

Machen wir uns nichts vor:

▶ Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum sind die Lebensbedingungen unseres Zeitalters. Sie sind nicht umkehrbar; es führt kein Weg zurück in eine beschaulichere, weniger technische Welt.

Zurück zum primitiven Leben?

Nur für den einzelnen und auf Zeit mag dieser „Weg zurück" noch möglich sein: für den Hippie, der sich aus der Gesellschaft zurückzieht und ausschließlich seiner Vorstellung von Freiheit lebt. Die Gesellschaft als ganzes kann sich nicht „zurückziehen", nicht „ausflippen". Sie ist auf eine bestmögliche Wirtschaftsleistung angewiesen. Denn: Sozialer Fortschritt und die Sicherung menschenwürdiger Lebensverhältnisse sind ohne einen hohen Leistungsstand der Wirtschaft unvorstellbar. Zu diesem Leistungsstand

wiederum müssen alle beitragen, die in der Wirtschaft tätig sind, gleich, an welcher Stelle. Notwendig ist ferner eine kluge und abgewogene Politik, die zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und zu einem stetigen harmonischen Wirtschaftswachstum führt. Nur eine leistungsfähige Volkswirtschaft kann

— den Wettbewerb mit den großen Industrienationen bestehen;
— internationale Verpflichtungen (z. B. auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe) erfüllen;
— die steigenden sozialen Lasten tragbar machen;
— die Finanzierung der großen nationalen Gemeinschaftsaufgaben (Forschung, Bildung, Städtebau, Verkehr, Volksgesundheit, Umweltschutz) sichern;
— mehr Muße und Freizeit ermöglichen, damit der Freiheitsraum des einzelnen erweitert und größere Chancen menschlicher Selbstverwirklichung gewonnen werden (wie sie die neue Linke, durchaus zu Recht, fordert);
— breiten Bevölkerungsschichten die Teilnahme an einem Lebensstandard, an einem Kultur- und Zivilisationsniveau ermöglichen, die früher das Vorrecht einer kleinen Oberschicht waren.

Drängende Gegenwartsaufgaben . . .

Die Wirtschaftsgeschichte und die tägliche Erfahrung zeigen, daß wir diese Aufgaben nur bewältigen können,

▶ wenn das Leistungsprinzip unbedingt gültig bleibt. Nur ein Land, dessen Bürger zur Leistung bereit und fähig sind, wird seine Produktivität ständig steigern und alle seine Hilfsquellen rationell einsetzen können.

. . nur durch Leistung zu bewältigen

Wenn es der neuen Linken ernst ist mit ihrer Behauptung, daß sie eine bessere Welt, ein freieres, menschlicheres Leben für alle will, dann dürfte sie das Leistungsprinzip nicht ablehnen, sondern müßte es zu ihrer eigenen Forderung machen.

Die Entscheidung, vor die wir gestellt sind, lautet anders:

Alles ist „machbar"

In den letzten Jahrzehnten hat sich das technische Wissen der Menschen so vermehrt wie nie vorher, und es nimmt in steigendem Tempo weiter zu. Die Folge: es scheint kaum noch etwas zu geben, was technisch und ökonomisch nicht „machbar" ist. Die Frage ist jedoch,

▶ ob alles, was technisch und ökonomisch „machbar" ist, im Sinne einer humanen, kulturellen und sozialen Entwicklung auch erstrebenswert ist.

. . . aber ist es auch sinnvoll?

Zu entscheiden ist, ob wir uns mit der Eigendynamik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts abzufinden haben oder ob wir mehr als bisher versuchen sollten, diese Entwicklung geistig zu beherrschen, den Fortschritt als gesellschaftliche Chance zu nutzen und stärker in den Dienst solcher Ziele zu stellen, die bisher zu kurz gekommen sind.

▶ Es geht letztlich um die Frage nach dem Sinn des Fortschritts, nach dem Sinn der menschlichen Existenz.

Man sollte nicht übersehen: Die Frage nach dem Sinn unseres Lebens ist keine Frage der Wirtschafts-, sondern der Wertordnung. Und die Frage nach dem Sinn des technischen Fortschritts ist keine Frage des Wirtschaftssystems, sondern des technologischen Reifegrades. Sie wird sich in einem „kapitalistischen" Entwicklungsland nicht stellen, wohl aber in allen reifen Industrieländern ohne Rücksicht auf ihr Wirtschaftssystem. Die sozialistische Sowjetunion fährt ebenso zum Mond wie die „kapitalistischen" Amerikaner. Beide haben ihrer technologischen Intelligenz die gleichen Ziele gesetzt.

Ein Irrtum, dem die neomarxistische neue Linke unterliegt:

▶ Ihre Kritik richtet sich gegen ein System, das heute nirgendwo mehr in Reinkultur zu finden ist. Der Kapitalismus klassischer Prägung hat sich längst zu einem gemischtwirtschaftlichen System, zur sozial gesteuerten Marktwirtschaft entwickelt, die dem Staat eine korrigierende und ausgleichende Funktion einräumt.

Die entscheidenden Thesen von Marx gelten heute als durch die Erfahrung widerlegt. Insbesondere die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industriestaaten, die Dynamik des Fortschritts, die Steigerung des realen Massenwohlstands und die dadurch ausgelösten sozialen Fortschritte, die den sozialen Ausgleich ermöglicht haben, hat Marx nicht voraussehen können. Wer angesichts dieser Entwicklung heute noch die These von der wirtschaftlichen Ausbeutung des Arbeiters vertritt, leugnet die Wirklichkeit der westlichen Welt.

Marx von der Erfahrung widerlegt

Niemand bestreitet, daß diese Wirtschaftsordnung Schwächen hat und unvollkommen ist. Sie deswegen abzuschaffen, bedeutet: die Kuh zu schlachten, von der wir die Milch erwarten. Die Schwächen der marktwirtschaftlichen Ordnung werden mehr als aufgewogen durch unbestreitbare Vorzüge, die kein anderes Wirtschaftssystem bietet.

Die Stärken der Marktwirtschaft . . .

- *Der Wettbewerb* übt eine Anreiz-, Auslese- und Entmachtungsfunktion aus: er unterwirft die Unternehmensleitung der ständigen Abstimmung durch den Verbraucher; er sorgt für den Strukturwandel und den Abbau überholter Marktpositionen; er begünstigt den freien Fluß des Kapitals zum Ort der bestmöglichen Verwendung und fordert damit Höchstleistungen in der Güterversorgung geradezu heraus.
- *Freie Preise* bewirken bei funktionierendem Wettbewerb, daß die unzähligen Geld- und Güterströme einer Volkswirtschaft ständig und zügig koordiniert, Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden.
- *Die Rentabilität* als sich selbst regulierendes Bewertungssystem belohnt richtiges Unternehmerverhalten mit Gewinn und bestraft falsches Verhalten mit Verlust. Die marxistische Verketzerung des Gewinns ist gerade wegen dieser unentbehrlichen Steuerungsfunktion abwegig; eine sozial verpflichtete und freiheitliche Gesellschaft muß an persönlichem Eigentum und am Reiz der Gewinnchance

festhalten, weil sie das unentbehrliche Gegenstück zu Risiko und persönlicher Haftung sind und auf die Dauer allein Fortschritt und Massenwohlstand gewährleisten. Die Versuche einiger sozialistischer Länder, Gewinn- und Rentabilitätsdenken wieder einzuführen, sprechen für sich.

▶ *Der hohe Freiheitsgrad,* den die Marktwirtschaft allen Beteiligten sichert — den Verbrauchern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern, den Gewerkschaften.

... sind die Schwächen der Planwirtschaft

Es läßt sich nicht wegdisputieren: In allen genannten Punkten ist die Marktwirtschaft der zentralbürokratisch gelenkten Planwirtschaft eindeutig überlegen. Die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern zeigen, daß deren Systeme nicht annähernd in der Lage sind, die differenzierten Bedürfnisse einer entwickelten Industriebevölkerung zu befriedigen. Dort wird im Gegensatz zu uns nicht von „Konsumterror" geredet, sondern eher von Konsumgütermangel. Ein umfassender und allgegenwärtiger Lenkungsapparat, der keinen Wettbewerb kennt und das Land mit einem autoritären und unelastischen Versorgungsnetz überspannt, führt — da es an ausreichenden Marktinformationen fehlt — unausweichlich zu Kapitalfehlleitungen, zu unrationellem Einsatz von Produktionsmitteln, zu chronischen Mangellagen und zur Mißachtung der Verbraucherwünsche.

Dies schließt nicht aus, daß ein sozialistisches System in den Bereichen hohe Wirkungen erzielen kann und auch erzielt, denen die Zentrale aus politischen Gründen Vorrang einräumt und auf die sie ihre Mittel konzentriert. Diese Erfolge werden aber mit übermäßig hohen Kosten und Reibungsverlusten erkauft, weil das Lenkungssystem unbeweglich und unwirksam ist. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet also keine Befreiung des Individuums, sondern vor allem Bürokratisierung und Bevormundung des Bürgers durch einen kollektiven Machtapparat. ■

Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Tel. (0221) 37041, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 72, Tel. (0221) 380172



Die neue Linke

4

Herbert Marcuse und Karl Popper: Revolution oder Reform?

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

HERBERT MARCUSE UND KARL POPPER: REVOLUTION ODER REFORM?

Die nachfolgenden Ausführungen stellen eine gekürzte Wiedergabe einer Sendung des Deutschen Fernsehens (Bayrisches Studienprogramm) vom 23. März 1971 mit dem Titel „Revolution oder Reform — Zwei Entwürfe über die Gesellschaft" dar*).

Herbert Marcuse, der bekannteste Philosoph der Linken, erläutert darin seine Kritik an der spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Marcuse, geboren 1898 in Berlin, studierte in Berlin und Freiburg, wanderte 1933 in die USA aus. Lehrte an der Columbia- und Harvard-Universität, an der Brandeis-Universität, 1964 Gast-Professor an der Universität Frankfurt, 1965 an der Freien Universität Berlin, heute an der University of California. Verfasser zahlreicher Publikationen.

Karl Popper, antimarxistischer Philosoph, vertritt die Theorie der „offenen Gesellschaft" (siehe Text). Geboren 1902 in Wien. Nach eigener Aussage mit 13 Jahren Marxist, mit 17 Jahren Antimarxist, bis zum 30. Lebensjahr Sozialist. Emigrierte nach England, lehrte an verschiedenen Universitäten in mehreren Ländern, vor allem in England und den USA. Heute im Ruhestand in England lebend.

*) Der vollständige Text der Sendung ist unter dem Titel „Revolution oder Reform — Herbert Marcuse und Karl Popper — Eine Konfrontation" im Kösel-Verlag, 8 München 19, 48 S., 12 Abb., DM 5,—, erschienen.

Herbert Marcuse:

„Die spätkapitalistische Gesellschaft ist die reichste und technisch fortgeschrittenste Gesellschaft der Geschichte. Sie bietet oder sollte bieten die größten und realistischsten Möglichkeiten einer befriedeten und befreiten menschlichen Existenz. Und sie ist gleichzeitig die Gesellschaft, die diese Möglichkeiten der Befriedung und Befreiung auf sehr wirksame Weise unterdrückt. Diese Unterdrückung durchherrscht heute die Gesellschaft als ganzes und kann daher nur aufgehoben werden durch eine radikale Veränderung der Struktur dieser Gesellschaft.

Kapitalistische Unterdrückung

Man hat behauptet, daß die hochentwickelte, spätkapitalistische Gesellschaft — besonders in den Vereinigten Staaten — eigentlich schon keine Klassengesellschaft mehr sei, daß der Gegensatz zwischen arm und reich kleiner geworden ist und daß der Klassenkampf überhaupt nicht mehr besteht, daß es dem System gelungen ist, die Widersprüche, die Marx aufgedeckt hat, zu beseitigen . . .

Tatsache ist, daß der Gegensatz zwischen arm und reich in den letzten Jahren größer geworden ist, als er vorher war. Tatsache ist, daß die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems weiterbestehen. Sie drücken sich aus in dem Widerspruch zwischen dem ungeheueren gesellschaftlichen Reichtum, der wirklich ein Leben ohne Armut und ohne entfremdete Arbeit möglich machen könnte, und der repressiven und destruktiven Weise, in der dieser gesellschaftliche Reichtum verwendet und verteilt wird. Selbst der Klassenkampf geht weiter. Nur vorläufig noch in rein ökonomischer Form, Lohnforderungen, Forderungen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Forderungen, die im Augenblick noch innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Systems erfüllt werden können, obgleich deren Erfüllung innerhalb des gegebenen Rahmens immer schwieriger wird, wie wir an den großen Streiks der letzten Jahre und der Inflation sehen.

Gegensatz zwischen arm und reich

Es ist richtig, daß die spätkapitalistische Gesellschaft den früheren Perioden gegenüber entscheidende Unterschiede aufweist. Diese Unterschiede liegen im wesentlichen in der Integration der Majorität der Arbeiterklasse in das bestehende System ... Es ist dem Spätkapitalismus gelungen, besonders auf der Grundlage der ungeheuer wachsenden Produktivität der Arbeit, das Lebensniveau für die Mehrheit der Bevölkerung zu erhöhen. Es geht den meisten, jedenfalls den qualifizierten Arbeitern, heute sehr viel besser, als es ihnen früher gegangen ist. Sie nehmen in der Tat zum großen Teil an den Komforts der sogenannten Konsumgesellschaft teil, und es ist durchaus verständlich, wenn sie nicht gewillt sind, diese relativen Vorteile aufzugeben für eine Alternative, den Sozialismus, der für sie entweder in seiner Reinheit eine Utopie ist oder so aussieht, wie er sich heute in der Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten darstellt.

Integration der Arbeiterklasse

Konsumgesellschaft aufgeben?

Auf der Basis dieser wachsenden Produktivität der Arbeit und des immer größer werdenden Warenreichtums setzt nun jene Manipulierung, Steuerung des Bewußtseins und des Unbewußten ein, die für den Spätkapitalismus einer der notwendigsten Kontrollmechanismen geworden ist. Es müssen nämlich immer wieder neue Bedürfnisse, selbst Triebbedürfnisse angestachelt werden, um die Menschen dazu zu bringen, die immer von neuem produzierten Waren zu kaufen und sie davon zu überzeugen, daß tatsächlich ein Bedürfnis nach diesen Waren da ist und daß diese Waren in der Tat ein solches Bedürfnis erfüllen. Die Konsequenz ist, daß die Menschen vollkommen dem Fetischismus der Warenwelt ausgeliefert werden und in dieser Weise selbst in ihren Bedürfnissen das kapitalistische System reproduzieren ...

Manipulierung der Bedürfnisse

Was die Jungen heute wollen, ist eine Gesellschaft ohne Krieg, ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung, ohne Armut und ohne Verschwendung. Die entwickelte Industriegesell-

schaft verfügt heute über alle technischen, wissenschaftlichen und natürlichen Ressourcen, die notwendig sind, um eine solche Gesellschaft zu konstruieren. Was diese Befreiung verhindert, sind einfach das bestehende System und die Interessen, die an der Verteidigung dieses Systems Tag und Nacht arbeiten und immer gewalttätigere Mittel dazu verwenden. Wie das Alternativmodell konkret aussehen soll, ist wieder eine andere Frage. Aber ich glaube, daß auf dem Grunde einer Beseitigung der Armut, einer Beseitigung der ungeheuren Verschwendung und Destruktion von Ressourcen eine Lebensform gefunden werden kann, in der die Menschen wirklich ihre eigene Existenz bestimmen . . .

Das Alternativmodell

Der Weg zu dieser Gesellschaft kann nur im Kampf um diese Gesellschaft selbst konkretisiert werden. Er wird in den verschiedenen Ländern sehr verschieden sein, je nach dem Grad der Entwicklung dieser Länder, der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entwicklung des Bewußtseins, der politischen Tradition . . .

Es ist wahrscheinlich der entscheidende Charakter der Revolution des 20. oder des 21. Jahrhunderts, daß sie nicht primär aus der Not geboren ist, sondern aus der allgemeinen Entmenschung, der Dehumanisierung, des Ekels an der Verschwendung und des Überflusses der sogenannten Konsumgesellschaft, des Ekels an der Brutalität und Ignoranz der Menschen und daß deshalb die Hauptforderung dieser Revolution sein wird, zum ersten Mal in der Geschichte eine wirklich menschenwürdige Existenz zu finden und ganz neue Lebensformen aufzubauen. Es geht also nicht nur um eine quantitative Veränderung, sondern wirklich um eine qualitative . . .

Entmenschung, Ekel, Ignoranz . . .

Reformen können und müssen versucht werden. Alles, was dazu dienen kann, die Armut und das Elend und die Unterdrückung zu lindern, muß versucht werden. Aber Ausbeutung und Unterdrückung gehören eben zum Wesen der

Reformen ja, aber . .

kapitalistischen Produktion, genauso wie der Krieg und wie die Konzentration wirtschaftlicher Macht zum Wesen der kapitalistischen Produktion gehören. Das heißt aber, daß früher oder später der Punkt erreicht sein wird, wo die Reformen an die Grenze des Systems stoßen, wo eine Durchführung der Reform die Wurzeln der kapitalistischen Produktion durchschneiden würde: nämlich den Profit. Das ist der Punkt, wo das System sich gegen die Reformen wehren wird, wehren muß im Interesse der Selbsterhaltung ..."

Karl Popper:

„In allen Gesellschaftsordnungen, von denen wir wissen, gab es Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Armut und Hilflosigkeit. Und auch unsere westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen sind keine Ausnahme. Aber bei uns werden diese Übel bekämpft. Und ich glaube, daß es bei uns weniger Ungerechtigkeit und Unterdrückung, weniger Armut und Hilflosigkeit gibt als in irgendeiner anderen Gesellschaftsordnung, von der wir Kenntnis haben. Unsere westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen sind also sehr unvollkommen und verbesserungsbedürftig. Aber sie sind die besten, die es bisher gegeben hat. Weitere Verbesserungen sind dringend. Aber von allen politischen Ideen ist der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, vielleicht am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle ...

Verbesserungsbedürftig ...

Was sehe ich als charakteristisch für eine offene Gesellschaft an? Ich möchte zwei Punkte anführen:

Die „offene Gesellschaft"

1. Daß in einer Gesellschaft freie Diskussion möglich ist und daß die Diskussion Einfluß hat auf die Politik.

2. Daß Institutionen bestehen für den Schutz der Freiheit und der Schwachen.

Der Staat schützt seine Bürger durch rechtliche und soziale Institutionen vor dem Erleiden roher Gewalt. Und er kann

sie auch vor dem Mißbrauch durch ökonomische Gewalt schützen. Das geschieht schon jetzt, und es kann verbessert werden. Wir müssen eben soziale Institutionen konstruieren, die den wirtschaftlich Schwachen vor dem Starken schützen. Das heißt: Institutionen zum Schutz vor Ausbeutung. Denn die politische Gewalt kann die ökonomische Gewalt kontrollieren . . .

Die Schwachen schützen

Ich betone die zentrale Rolle der politischen Institutionen für die soziale Reform. Was wichtig ist, ist eben nicht so sehr: wer herrscht, sondern wie man die Herrschenden beeinflußt und kontrolliert . . . Natürlich wird in einer Demokratie jede Institution manchmal von der einen Gruppe, manchmal von der anderen Gruppe besetzt. Aber die Idee, daß die Institutionen in einer Demokratie sozusagen von der Bourgeoisie dauernd besetzt werden, das ist nichts anderes als eine Form des marxistischen Märchens von der Klassendiktatur, daß jeder Staat ein diktatorischer Staat ist und daß die sogenannte formale Demokratie nichts anderes ist als eine Klassendiktatur . . .

Klassendiktatur — ein Märchen

Ich sehe den größten Wert einer Demokratie in der Möglichkeit einer freien rationalen Diskussion und in dem Einfluß dieser kritischen Diskussion auf die Politik. Damit stehe ich in scharfem Gegensatz zu denen, die an die Gewalt glauben . . . Die faschistischen Antiintellektuellen und die revolutionären Marxisten sind einig darüber, daß man mit einem Gegner nicht diskutieren kann und soll. Beide lehnen eine kritische Diskussion ihrer Positionen ab. Aber man bedenke, was diese Ablehnung bedeutet. Sie bedeutet, wenn man zur Macht gelangt, die Unterdrückung aller Opposition. Sie bedeutet die Ablehnung der offenen Gesellschaft, die Ablehnung der Freiheit und die Annahme einer Philosophie der Gewalt.

Unter dem Einfluß dieser Ideen sind die Marxisten und Neomarxisten auch blind gegen die Errungenschaften der Demokratie und der offenen Gesellschaft, die allein es ihnen

ermöglicht, ihre Ideen zu verbreiten. Ihre Theorie lehrt sie, daß die politische Freiheit wertlos oder nahezu wertlos ist, da sie ja nichts anderes ist als eine verkappte Diktatur. Das ist aber völlig unrealistisch, wie man schon daran sehen kann, daß das neueste Wiederaufleben des Marxismus in allen offenen Gesellschaften des Westens — und nur in

Offen für Ideen

diesen — stattfand. Die Demokratien sind immer offen für Ideen und insbesondere für oppositionelle Ideen. Sie sind immer bereit, an sich selbst zu zweifeln. Sie wissen sehr wohl, daß vieles nicht so ist, wie es sein sollte. Ideen haben nur in einer offenen Gesellschaft eine Gelegenheit zu siegen. Und die Marxisten, die glauben, daß die Demokratien nur verkappte Diktaturen sind, sehen nicht, daß alle Diktaturen, ob von rechts oder links, dasselbe sind ...

Ich glaube, daß wir die Wahl haben zwischen Vernunft und Gewalt. Und ich glaube, daß die Vernunft die einzige Alternative ist zur Gewaltanwendung und daß vermeidbare Gewaltanwendung verbrecherisch ist ... Was eine Linksrevolution mit Sicherheit hervorbringen würde, das ist den Verlust der Freiheit, zu kritisieren, Opposition zu machen.

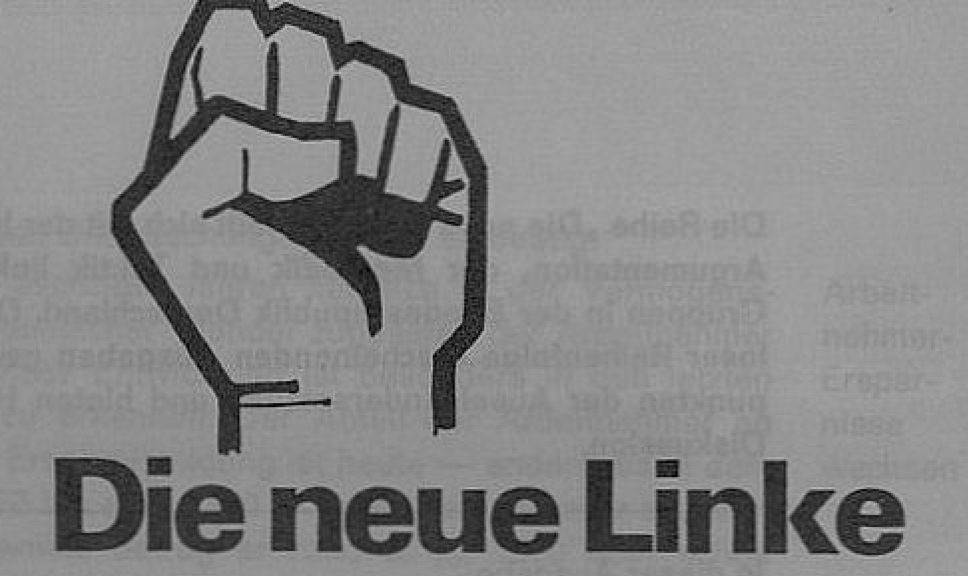
Ich behaupte, daß wir nur in einer Demokratie, in einer offenen Gesellschaft, die Möglichkeit haben, Übel abzustellen. Wenn wir diese Gesellschaftsordnung durch eine gewaltsame Revolution zerstören, dann sind wir nicht nur schuldig an den schweren Opfern der Revolution, sondern wir werden einen Zustand herbeiführen, der die Abschaffung von sozialen Übeln, von Ungerechtigkeit und Unterdrückung unmöglich macht ...

Für eine vernünftige Gesellschaft

Was nötig ist, ist für eine vernünftigere Gesellschaft zu arbeiten, in der mehr und mehr die Konflikte rational ausgetragen werden. Ich sage vernünftiger! Es gibt nämlich keine vernünftige Gesellschaft, aber es gibt immer eine, die vernünftiger ist als die bestehende und die wir deshalb anstreben sollen. Das ist eine realistische Forderung und keine Utopie ..." ■

Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Tel. (02 21) 37041, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 72, Tel. (02 21) 38 01 72

Nr. 4/1971: © Deutsche Industrieverlags-GmbH, Köln · Heiderdruck Bergisch Gladbach



Die neue Linke

5

Die Vermögensverteilung: „Bananenrepublik!"

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

DIE VERMÖGENSVERTEILUNG: „BANANENREPUBLIK"!

Die Vermögensbildung und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik hat zahlreiche Kritiker, nicht nur aus den Reihen der neuen Linken. Die Kritiker stützen sich dabei immer wieder auf diese Zahl: 1,7 % der Bevölkerung besitzen 70 % des Produktivvermögens.

Statistik fehlt

Die Diskussion wird dadurch erschwert, daß es keine exakte amtliche Vermögensstatistik gibt. Das liegt nicht am fehlenden guten Willen, sondern daran, daß es einfach leichter ist, Hühner und Schafe zu zählen, als das Vermögen der verschiedenen soziologischen Gruppen (Arbeiter, Unternehmer, Rentner, freie Berufe usw.) zu ermitteln. Erhebungsschwierigkeiten und Bewertungsfragen spielen dabei eine große Rolle.

Es gibt jedoch eine Reihe gründlicher Untersuchungen zur Vermögensbildung, u. a. von der Deutschen Bundesbank, dem Statistischen Bundesamt, dem Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn (für den Zeitraum 1950—1967), von Bankinstituten und Bausparkassen. Eine weitere Untersuchung, der Vermögensbildungsbericht der Bundesregierung, der bereits für Ende 1970 angekündigt wurde, ist bisher nicht erschienen.

Alle bisherigen Untersuchungen zeigen eindeutig:

- Seit den sechziger Jahren hat sich in der Vermögensbildung ein deutlicher Wandel zugunsten der Arbeitnehmer vollzogen. Diese Entwicklung ist besonders in den letzten Jahren klar zu erkennen. Der Anteil der Arbeitnehmer an der privaten Ersparnisbildung ist heute — anders als in dem Zeitraum 1950 bis etwa 1960 — größer als der aller anderen Gruppen. Damals betrug er rund 25 %, 1970 aber schon 60 %, während die Selbständigen nur noch 40 % (1950/60: 75 %) der privaten Vermögen gebildet haben (ohne die nicht entnommenen Gewinne).

Arbeitnehmer-Ersparnisse wachsen

Vermögen kann bestehen aus

- *Geldvermögen:* Sparkonten, Lebensversicherungen, Bausparverträgen etc., und
- *Sachvermögen:* Haus- und Grundbesitz, landwirtschaftliches und gewerbliches Vermögen (Produktivvermögen) und Beteiligungen daran, z. B. Aktien, Investmentpapiere.

Die privaten Haushalte, besonders die Arbeitnehmer, bilden Vermögen großenteils in Form von Geldvermögen, aber auch in Form von Sachvermögen (s. o.). Noch „unterentwickelt" ist dabei bisher die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft.

Problem: Beteiligung am Produktivvermögen

Hier setzt die Kritik an. Sie stützt sich auf eine Untersuchung von Prof. Krelle („Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer"), die mit dem Stand vom 1. 1. 1960 abschließt und unter anderem die Feststellung enthält, daß 1,7 % der Bevölkerung 70 % des gewerblichen Produktivvermögens besitzen. (Eine nach der gleichen Methode durchgeführte Untersuchung des Krelle-Assistenten Prof. Siebke, die bis 1966 reicht, kommt mit 73,5 % zu etwa dem gleichen Ergebnis.)

Um beurteilen zu können, was diese Zahlen aussagen — und was nicht —, muß man wissen:

Produktiv-
vermögen:
¼ des
Privat-
vermögens

1) Das *Volksvermögen*, das alle Vermögenswerte einer Volkswirtschaft umfaßt (Fabriken und Maschinen, private Wohnhäuser, Krankenhäuser, Autos und Straßen) kann dem Staat (Bund, Länder, Gemeinden) oder privaten Haushalten gehören. Das Vermögen der *privaten Haushalte* belief sich am *1. 1. 1966* auf 608 Milliarden DM (Siebke-Gutachten).

2) Das *Produktivvermögen* ist nur ein Teil des Volksvermögens. Es umfaßt die Werte, die unmittelbar der Produktion dienen. *Zum Produktivvermögen einer Volkswirtschaft gehört*

— das gewerbliche (Industrie, Handwerk usw.),
— das landwirtschaftliche und
— das produktiv genutzte Vermögen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden).

Das in privater Hand befindliche Produktivvermögen macht (laut Siebke-Gutachten) 160 Milliarden DM oder 26,3 % des Gesamtvermögens der privaten Haushalte aus.

Das Vermögen der privaten Haushalte (1966):

Geldvermögen	:	173 Milliarden DM
Grund und Boden	:	248 Milliarden DM
Landwirtschaftliches Vermögen	:	27 Milliarden DM
Produktivvermögen	:	160 Milliarden DM

3) Die Untersuchung von Prof. Krelle meint nur das *gewerbliche* Produktivvermögen, also nur einen Teil des gesamten Produktivvermögens. Außerdem bezieht sie sich nur auf denjenigen Teil des gewerblichen Produktivvermögens, der mit *Eigen*kapital finanziert worden ist. Das sind im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft lediglich 40 %. Die übrigen 60 % bestehen aus *Fremd*kapital. Und dieses befindet sich — wenn auch indirekt über die Banken — zu 80 % (wie die Krelle-Untersuchung ebenfalls ergeben hat) in Händen breiter Schichten der Bevölkerung.

60 %
Schulden

4) Problematisch ist die Bewertung der verschiedenen Vermögensarten. Während das Geldvermögen einfach zu bewerten ist, gibt es für Haus- und Grundbesitz und die landwirtschaftlichen Vermögen nur die sogenannten Einheitswerte, die aus dem Jahr 1935 stammen. Und die sind zu niedrig. Ein Beispiel: Ein Eigenheim, das 120 000 DM gekostet hat, wurde bisher (künftig sollen neue Werte gelten) mit einem Einheitswert von etwa 30 000 DM bewertet. Der Eigenheim-Besitzer existiert damit für die Vermögensteuer nicht, während einem Aktionär, der für 120 000 DM Aktien (also Anteile am Produktivvermögen) besitzt, genau dieser Betrag als Vermögen angerechnet wird. Die Haus- und Grundbesitzer erscheinen dadurch „ärmer" als sie sind. Ein gerechter Ausgleich dieser Unterbewertung ist schwierig.

„Arme" Hausbesitzer

Das heißt: Aus den genannten Zahlen läßt sich nicht ablesen, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung alle Vermögenswerte besitzt, während die übrigen leer ausgegangen sind, oder daß die „Vermögensverteilungsrelationen" in der Bundesrepublik „sich denen einer südamerikanischen Bananenrepublik annähern" (Zeitschrift der Jungsozialisten, Nr. 3/4, 1971). Sie erlauben nur den Schluß, daß sich das *Produktivvermögen* auf einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung konzentriert, während die Masse der privaten Haushalte, darunter die Arbeitnehmer, *andere Vermögenswerte* besitzt: vor allem Haus- und Grundbesitz und Geldvermögen (Sparkonten, Lebensversicherungen usw.).

Das hat seine Gründe:

▶ Produktivvermögen ist stets haftendes Risikovermögen. Es geht verloren, wenn das Unternehmen in Konkurs geht. Es verliert an Wert, wenn das Unternehmen Verluste macht. Im Jahre 1970 lag z. B. der Index der Aktienkurse praktisch nicht höher als 10 Jahre zuvor! Alle bisherigen Beobachtungen zeigen, daß — wegen des Risikos — die Arbeitnehmer Beteiligungswerte am *Produktivvermögen* (Aktien,

Produktivvermögen ist Risikovermögen

Investmentpapiere) nur sehr zögernd erwerben. Prof. Siebke stellt fest, daß „die Mehrheit der Bevölkerung die Vermögensbildung in der risikolosen Form der Sparguthaben der Beteiligung an Kapitalgesellschaften vorzieht." Die Frage ist also, ob es richtig ist, eine verstärkte Vermögensbildung ausschließlich auf die Beteiligung am Produktivvermögen abzustellen. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn in einer allgemeinen Wirtschaftskrise der Wert der Arbeitnehmerbeteiligungen halbiert würde oder gänzlich verloren ginge.

Kollektivfonds

Auf der Suche nach einem Weg, dem Produktivvermögen seinen unbestreitbaren Risikocharakter zu nehmen, wird als Patentlösung die Bildung von überbetrieblichen Fonds angeboten. Weil individuelles Sparen doch nicht helfe, sollen die Unternehmen verpflichtet werden, über 50 % des jährlichen Vermögenszuwachses an Kollektivfonds abzuführen. So fordern z. B. die Jungsozialisten (Beschluß des Bremer Kongresses, Dezember 1970): „Wegen der Sinnlosigkeit von Individualplänen braucht der Fonds keine individuellen Besitztitel an die Arbeitnehmer abzugeben, die Umverteilung muß also über einen Kollektivfonds organisiert werden."

Die Folgen einer solchen zentralen „Gewinnsammelstelle" sind nicht schwer vorauszusehen:

Gewinnschmälerung

- Eine Gewinnabführung von mehr als 50 % führt in letzter Konsequenz praktisch zu einer Enteignung der Unternehmer. Das ist tatsächlich beabsichtigt. Die Arbeitnehmervermögen sollen schneller als die Unternehmervermögen wachsen. Die Folge einer derart einschneidenden Zwangsmaßnahme würde sein, daß bei ständig sinkenden Gewinnerwartungen die von den Gewinnen abhängige Investitionsneigung — die wichtigste Voraussetzung für unser Wirtschaftswachstum — nachläßt.

▶ Die gelähmte Investitionstätigkeit und das rückläufige Wachstum schmälern unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Eine funktionierende Exportindustrie ist für den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz jedoch unabdingbar.

Investitionsrückgang

▶ Wenn die Investitionen sinken, läßt das Wirtschaftswachstum nach. Das wiederum führt zu einem Rückgang der Beschäftigung, zur Arbeitslosigkeit. *Es bedeutet gleichzeitig, daß die Quellen, aus denen die Vermögensbildung der Arbeitnehmer gespeist wird, immer mehr austrocknen.*

▶ Hinzu kommt: Auch ein solcher zentraler Fonds kann den Risikocharakter des Produktivvermögens nicht völlig beseitigen. Von 1960 bis 1966 fielen die Durchschnittskurse der börsennotierten Aktien von 486 auf 333 % (Siebke-Gutachten). Wenn man also im Jahr 1960 bereits einen solchen Fonds geschaffen hätte, dann wäre das darin enthaltene Produktivvermögen sechs Jahre danach um mehr als ein Drittel weniger wert gewesen. Die Ansicht mancher Vermögens-Apostel, daß das Produktivvermögen wächst und wächst und wächst und deshalb die allein seligmachende Vermögensform ist, stimmt also nicht. Man kann eben nicht Anteile am Produktivvermögen wollen, das damit verbundene Risiko aber nicht.

Arbeitnehmer: Weg vom Fenster

Der neuen Linken geht es allerdings gar nicht um die Vermögensbildung der Arbeitnehmer oder um ihre Beteiligung am Produktivkapital. Ein „Vermögens-Superfonds", an dem der einzelne Arbeitnehmer nicht beteiligt ist, stellt im Grunde nichts anderes dar als einen zentralen Angriff auf unsere Wirtschaftsordnung und die erste Vorstufe zur Vergesellschaftung des Produktivvermögens. Die in diesem Zusammenhang oft vertretene Auffassung, für den Ablauf der Wirtschaft spiele es keine Rolle, wer die Eigentümer der Produktionsstätten seien, macht deutlich, daß es den Verfechtern solcher Pläne im Prinzip gar nicht um eine ausgewogene Vermögensverteilung geht. Sie wollen unter dem

Vorwand einer angestrebten Besserstellung breiter Schichten unsere marktwirtschaftliche Ordnung Schritt für Schritt aushöhlen und zu einem gemeinwirtschaftlich-sozialistischen System umfunktionieren.

In der Zeitschrift der Jungsozialisten (Januar 1971) liest sich das so: „Die Vermögenspolitik ist ebenfalls ein Demokratisierungansatz. Sie hat die Funktion, von dem im privaten Bereich nach der Durchführung der Steuerreform noch verbleibenden Kapital einen Teil der Kapitalansprüche den heutigen Eigentümern zu nehmen und auf Fonds zu übertragen. Damit bewirkt sie neben der Mitbestimmungspolitik eine tendenzielle Demokratisierung des Kapitals."

„Demokratisierung des Kapitals"

Dagegen haben die Arbeitgeber in ihrer am 29. 6. 1971 veröffentlichten Erklärung zur Vermögensbildung gezeigt, wie das Problem der Vermögensbildung in einer Weise gelöst werden kann, die unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gemäß ist:

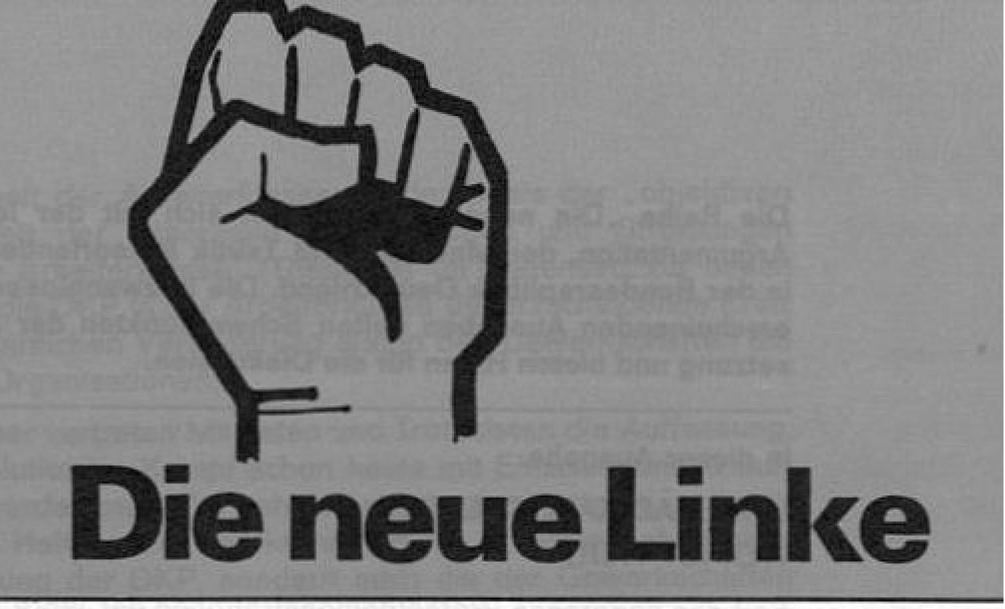
Arbeitgebervorschläge

- Ausbau der Vermögensbildung mit Hilfe von Tarifverträgen und volle Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten (624-DM-Gesetz) in Verbindung mit der Anlage solcher Mittel in den Betrieben als Arbeitnehmer-Darlehen und sogenannte stille Beteiligungen.

Dieser Weg bringt den Arbeitnehmern jährlich wachsendes Vermögen in Größenordnungen, die sehr bald rund 10—12 Milliarden DM pro Jahr erreichen können. Wie bedeutsam dieser Weg ist, zeigt sich im Vergleich zur gesamten jährlichen Netto-Kapitalbildung der Unternehmen, die in den letzten Jahren etwa 20 Milliarden DM betrug: In Arbeitnehmerhand würde jährlich ein Betrag gelangen, der mehr als die Hälfte dessen ausmacht, was derzeit in den Unternehmen an Netto-Kapital neu gebildet wird. ■

Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Tel. (02 21) 3 70 41, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 72, Tel. (02 21) 38 01 72

Redaktion: Dipl.-Volkswirt R. Tittel, Köln



Die neue Linke

6

Linksradikale Gruppen: Wer ist wer?

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

LINKSRADIKALE GRUPPEN: WER IST WER?

Seit den spontanen Protestdemonstrationen der Jahre 1966 bis 1968 hat sich die Szenerie der linken Gruppen in der Bundesrepublik gewandelt. An die Stelle spontaner Aktionen ist die Kaderarbeit der verschiedenen marxistischen Richtungen getreten. Das Scheitern der Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung führte bei der Mehrheit der linken Gruppen zu der Erkenntnis, daß der lange Marsch durch die Institutionen und nüchterne Kaderarbeit erforderlich sind, um eine revolutionäre Situation zu erzeugen.

Kadermarxisten übernehmen die Führung

Neben den harten Kadergruppen der moskauhörigen Kommunisten, der Maoisten und der Trotzkisten bestehen zahlreiche Gruppen, die sich ihnen als Bündnispartner anbieten. Die überlegenen Mittel, der Organisationsapparat und die Organisationserfahrung haben jedoch den Kadermarxisten eine Führungsrolle zugespielt. Nicht mehr die Roten Zellen, sondern der kommunistische Spartakus beherrscht die Szenerie an den Universitäten.

Das Verhältnis der orthodoxen Kommunisten zu den anderen linken Gruppierungen formuliert die DKP in These 41 des Entwurfs für den Düsseldorfer Parteitag im November 1971:

DKP ist gegen „Linkssektierer"

- „Die DKP sieht ihre Aufgabe darin, die Mitglieder und Anhänger linkssektierischer Gruppen vom Einfluß dieser Spalter zu lösen und für den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen."

Das ist ihr im Hochschulbereich und in der Jugend weitgehend gelungen.

Die DKP wirft den anarchistischen, maoistischen und trotzkistischen Gruppen vor, die konkreten Bedingungen in der Bundesrepublik zu negieren und nach subjektivem Ermessen Kampfbedingungen und -methoden zu konstruieren und anzuwenden und hierbei auch die Gewerkschaften zu bekämpfen. Die DKP betont demgegenüber die Notwendigkeit systematischer Organisation, ideologischer Arbeit und einer *Politik des Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte*

und der Einheit der Arbeiterklasse auf der Basis der „objektiven Gemeinsamkeit der Interessen aller Gruppen und Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse" (These 29). Im Gegensatz zur neuen Linken sieht die DKP in der Arbeiterklasse die entscheidende Kraft zur gesellschaftlichen Veränderung und in den Gewerkschaften die wichtigsten Organisationen.

Demgegenüber vertreten Maoisten und Trotzkisten die Auffassung, daß der revolutionäre Kampf schon heute mit Entschiedenheit aufgenommen werden muß. Sie nehmen eine antisowjetische und antistalinistische Haltung ein und kritisieren mit Entschiedenheit nicht nur die Führung der DKP, sondern auch die der Gewerkschaften und der SPD.

Die gemeinsamen Ziele

Ungeachtet dieser Unterschiede, die mehr taktischer Art sind, eint die Gruppen der Linken

- der Haß auf das kapitalistische System;
- die Auffassung, daß innerhalb dieses Systems wirksame Reformen nicht zu erreichen sind;
- die Meinung, daß die repräsentative parlamentarische Demokratie von sich aus keine grundlegenden Reformen zuläßt, sondern daß es hierzu der Mobilisierung der Massen und planmäßiger Aktionen bedarf.

250 linksradikale Gruppen

Nach Angaben der Bundesregierung (Drucksache VI/2074 vom 5. 4. 1971) arbeiten im Bundesgebiet einschließlich Westberlin *250 linksradikale Organisationen und Gruppen* (Stand: April 1971) mit rund 84 300 Mitgliedern. Da viele Linksradikale mehreren Organisationen angehören, ist die Zahl der aktiv tätigen Linksradikalen jedoch mit höchstens 65 000 zu beziffern.

Von diesen 250 Organisationen gehören 130 zu den orthodox-kommunistischen, d. h. sie unterstützen die politischen Ziele der Sowjetunion und der DDR. Ihre Mitgliederzahl beträgt rund 81 000. Die 120 anderen Gruppen mit rund 3 300 Mitgliedern (harter Kern) verteilen sich auf:

- 5 trotzkistische Gruppen (rd. 400 Mitglieder);
- 20 maoistische Gruppen (rd. 800 Mitglieder);
- 5 anarchistische Gruppen (rd. 80 Mitglieder);
- 90 sonstige linksradikale Gruppen (rd. 2 000 Mitglieder).

420 periodische Publikationen

Diese Gruppen propagieren ihre Ziele und Methoden in rund *420 Blättern* mit einer Gesamtauflage von *rund 2 Millionen Exemplaren* im Monat. Hiervon entfallen allein 320 Blätter mit 1 650 000 Exemplaren auf die orthodox-kommunistischen Gruppen.

I. Die wichtigsten Gruppen orthodox-kommunistischer Richtung

„Deutsche Kommunistische Partei (DKP)"

Die orthodoxen Kommunisten auf Sowjetkurs

Sie wurde im April 1969 gegründet und ist die stärkste, aktivste und einflußreichste unter den linksradikalen Organisationen. Der DKP gehören gegenwärtig 30 000 Mitglieder an, darunter zahlreiche Funktionäre der früheren (1956 verbotenen) KPD. Die Partei arbeitet auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin. Sie unterstützt ohne Abweichungen die Ziele und tagespolitischen Forderungen der UdSSR und der SED. Im Entwurf der *Thesen zum Düsseldorfer Parteitag* heißt es:

> „*Die DDR ist eine starke Stütze* für den Kampf der Arbeiter und Angestellten, der Intellektuellen und Bauern in der Bundesrepublik für ihre sozialen und politischen Interessen gegen das Großkapital."

Um die fehlende „Massenbasis" zu erreichen, strebt die DKP die „*Aktionseinheit*" mit der SPD, den Gewerkschaften und anderen Gruppierungen an; die SPD- und DGB-Führung lehnen die Zusammenarbeit strikt ab. DKP-Mitglieder arbeiten jedoch aktiv in den DGB-Gewerkschaften mit.

DKP-Publikationen

Zentralorgan der DKP ist die Wochenzeitung „*Unsere Zeit — Sozialistische Volkszeitung*" (Auflage: 60 000). Neben den Publikationen „*DKP-Information*" und „*DKP-Pressedienst*" erscheinen mehr als 200 DKP-Betriebszeitungen mit Auflagen zwischen 250 und 9 000 Exemplaren sowie 90 Bezirks-, Kreis-, Stadt-, Stadtteil- und Ortszeitungen mit Auflagen zwischen 100 und 4 000 Exemplaren.

Das Funktionärsorgan „*Praxis*" erscheint unregelmäßig. Als theoretisches Organ fungieren die zweimonatlich erscheinenden „*Marxistischen Blätter*" (Auflage 5 000). Im „Verlag Marxistische Blätter GmbH." werden außerdem zahlreiche politische Schriften herausgegeben. Die Zeitschrift „*Nachrichten*", die vom ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger, und bekannten Kommunisten herausgegeben wird, wendet sich besonders an Gewerkschafter. Die publizistische Arbeit der DKP wird durch eine Vielzahl von Publikationen aus der DDR unterstützt, die z. T. in großer Auflage in die Bundesrepublik eingeschleust werden.

Der DKP nahe steht das **„Institut für marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)"** in Frankfurt/M. Es befaßt sich nicht nur mit ideologischen Grundsatzfragen und der Gewerkschaftstheorie, sondern auch mit volkswirtschaftlichen Studien und Unternehmensanalysen.

Die Arbeit der DKP in der Wirtschaft wird von speziell geschulten Funktionären in den Sekretariaten für Wirtschaft und Soziales an-

geleitet. Die *Schulung der DKP-Funktionäre* erfolgt in der Karl-Liebknecht-Schule in Essen und dem Friedrich-Engels-Zentrum in Wuppertal. Daneben bestehen etwa 60 marxistische Arbeitszirkel und Studiengesellschaften. Spitzenfunktionäre werden auf Viertel- oder Einjahreskurse in die DDR entsandt.

Schulung für Funktionäre

Zur *Finanzierung der DKP* und ihrer Hilfsorganisationen sagt die Bundesregierung: Ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen dürften 1970 bei einem Mitgliederstand von 30 000 etwa 750 000 DM betragen haben. Ferner hat sie anläßlich der Landtagswahl in NRW Mittel aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Diesen Einnahmen stehen hohe Aufwendungen gegenüber: „... Der kostspielige Parteiapparat mit über 100 hauptamtlichen Mitarbeitern, Mieten, Einrichtung und Unterhaltung von Parteibüros, Anschaffung und Wartung technischen Geräts und sonstigen Materials, hohe Wahlkampf-, Agitations- und Aktionskosten, hohe laufende Aufwendungen für die Parteipresse, Schulung der Mitglieder und Funktionäre sowie deren Reisekosten bei Fahrten in der Bundesrepublik Deutschland, in die DDR, in das westliche und östliche Ausland u. a. m. Die Kosten hierfür dürften ein Vielfaches der Einnahmen betragen, die die DKP in ihrem Rechenschaftsbericht ausweist."

Geld ist reichlich da

Schätzungen sprechen von etwa 16 Millionen DM. Die DKP selbst gab für 1969 insgesamt 2,485 Millionen DM Einnahmen an.

Andere orthodox-kommunistische Vereinigungen neben der DKP:

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)"

Die SDAJ — gegründet im Mai 1968 — hat gegenwärtig rund 12 000 Mitglieder. Sie ist keine Gliederung der DKP, aber programmatisch, personell und in Aktionen vielfältig mit ihr verbunden. Sie bekennt sich laut Satzung zu den sozialistischen Ideen, wie sie von Marx, Engels und Lenin begründet wurden.

Kommunistische Jugendarbeit

Informationsblatt ist die monatlich erscheinende Zeitschrift *„elan — Magazin für junge Leute"* (Auflage 20 500). Daneben erscheinen zahlreiche Orts- und Betriebszeitungen.

Politische Schwerpunkte: Lehrlingsarbeit, „Unternehmer-Gerichte", Kriegsdienstverweigerung, Bundeswehr, Ersatzdienst, Herstellung der „Aktionseinheit" mit anderen linken Gruppen (z. B. Jungsozialisten, Gewerkschaftsjugend). Die SDAJ gehört den Landesjugendringen in Hamburg, Bremen und im Saarland an. Sie betreibt ihre Aufnahme in Stadt- und Kreisjugendringe sowie den Bundesjugendring.

„Marxistischer Studentenbund — (MSB Spartakus)"

Im Mai 1971 konstituierte sich in Bonn „Spartakus — Assoziation marxistischer Studenten (AMS)" als „Marxistischer Studentenbund (MSB Spartakus)". „Spartakus" hatte sich 1969 beim Zerfall des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gebildet.

Drittstärkste Studentenorganisation

Der DKP ist diese Studentenorganisation „durch die gemeinsame Weltanschauung, das sozialistische Ziel und die antimonopolistische Orientierung kameradschaftlich verbunden", wie der Vorsitzende Christoph Strawe bei der Gründung erklärte. Der MSB arbeitet „in solidarischem Zusammenwirken" mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB). Im Mai 1971 bestanden 36 Hochschulgruppen, 17 befinden sich im Aufbau. Der Einfluß auf die ASTAs und den Verband deutscher Studentenschaften (VDS) ist groß. Die Zahl der Mitglieder beträgt ca. 1 200. Zeitschrift des MSB ist *„Facit"* (Auflage 3 500; Erscheinungsweise 5—6 mal im Jahr). Daneben erscheinen zahlreiche Mitteilungsblätter an einzelnen Hochschulen. Der MSB ist heute nach der Mitgliederzahl die drittstärkste politische Studentenorganisation.

Die kommunistischen „Hilfstruppen"

Die Arbeit von DKP, SDAJ und MSB wird von zahlreichen weiteren Organisationen unterstützt. Hierbei handelt es sich meist um nationale „Ableger" der *internationalen kommunistischen Frontorganisationen.* Hierher gehören:

Der Weltgewerkschaftsbund (WGB)
Die Internationale Föderation der Lehrerverbände (FISE)
Der Weltfriedensrat (WFR)
Der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ)
Der Internationale Studentenbund (ISB)
Die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF)
Die Internationale Journalistenorganisation (IOJ)
Die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IDVJ)
Die Weltföderation der Wissenschaftler (WFW)
Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
Die Internationale Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT)

Die Friedenskomitees arbeiten beispielsweise mit dem Weltfriedensrat zusammen. Auch die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) — Bund der Antifaschisten — mit dem Publikationsorgan *„Die Tat"* (Auflage 13 000) und der Arbeitskreis junger Antifaschisten sind mit der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer verbunden. Die Internationale Demokratische Frauenföderation stützt sich auf den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Auch die Welt-

föderation der Wissenschaftler (WFW) verfügt über deutsche Stützpunkte. Stark ist der kommunistische Einfluß auf die „Deutsche Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG/IdK)". Organ: *Courage*, monatlich, Auflage 3 500.

Enge Beziehungen bestehen auch zwischen DKP und **Deutsche Friedensunion (DFU)** mit rund 5 000 Mitgliedern. Sie unterstützt Teilziele der tagespolitischen Forderungen der DKP und tritt besonders als radikal-pazifistische Gruppierung auf, die sich um bürgerliche Mitglieder und Wähler bemüht. Ähnlich: **Bund der Deutschen (BdD).** Publizistisch werden die Ziele der DFU und des BdD in der wöchentlich erscheinenden *„Deutschen Volkszeitung"* (Auflage 17 000) propagiert. Daneben erscheinen Presse- und Informationsdienste.

II. Andere linksradikale Gruppen

Die 120 anderen linksradikalen Gruppen und Grüppchen sind zahlenmäßig unbedeutend. Sie zeichnen sich jedoch durch eine bemerkenswerte Aktivität und eine Vielzahl von Publikationen aus. Die moskautreuen Kommunisten distanzieren sich von ihnen als „Linkssektierer" und „Linksopportunisten", die die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse gefährden und den Antisowjetismus fördern. Umgekehrt sehen diese Gruppen in den moskautreuen Kommunisten moderne Revisionisten. Zu nennen sind:

„Linkssektierer" contra „Revisionisten"

Trotzkistische Gruppen

Ihre Mitgliederzahl wird mit rund 400 angegeben, doch konnten die Trotzkisten Anfang Juli 1971 in Essen ein Jugendtreffen mit mehreren tausend Teilnehmern, darunter viele aus westeuropäischen Ländern, organisieren. Trotzkistische Theoretiker wie *André Gorz* und *Ernest Mandel* üben weit über den Kreis der Trotzkisten Einfluß auf die Linke aus und haben den Trotzkisten ein festes ideologisches Fundament geschaffen. Die Trotzkisten arbeiten weitgehend konspirativ, Gewalt wird nicht ausgeschlossen.

Die Trotzkisten sind in Deutschland organisiert in der **„Gruppe Internationale Marxisten (GIM)"**, der Deutschen Sektion der IV. Internationale, und in **„Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD)"**. Jugendorganisation der GIM ist die **„Revolutionäre kommunistische Jugend (RKJ)"**. Organ ist das in Mannheim erscheinende Monatsblatt *„was tun"* und die *„Internationale Pressekorrespondenz (INPREKOR)"*.

Trotzkisten . . .

Jugendorganisationen der IKD sind **„Junge Garde — Für die Revolutionäre Internationale der Jugend (RIJ)"** und **„Kommunistische Jugendorganisation — Spartakus (KJO-S)"**. Organ: *„Spartakus"*.

Maoistische Gruppen

Maoisten ...

Die maoistischen Gruppen befinden sich z. T. noch im Aufbau. Sie sind untereinander zerstritten, ihre Organisationsform ist locker. Hauptgruppen sind die **„Kommunistische Partei Deutschlands — Marxisten — Leninisten (KPD/ML)" — Gruppe Aust.** Organ: *„Roter Morgen"* (vierzehntäglich). Schwerpunkte: Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg und Duisburg. Die Jugendorganisationen dieser Gruppe sind die **„Roten Garden"** und der **„Kommunistische Studentenbund (KSB/ML)"**. Die Organe sind *„Rote Zelle"* und *„Der Rotgardist"*.

Die zweite Gruppe ist die **„Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/ML)"**-Gruppe: *„Rote Fahne"* (Zentralorgan). Schwerpunkte: Ruhrgebiet und Frankfurt. Jugendorganisation dieser Gruppe ist der **„Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD)"**. Publikationsorgane sind *„Kampf der Arbeiterjugend"* und *„Bolschewik"*.

Schließlich ist der **„Kommunistische Arbeiterbund (KAB/ML)"** mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg zu erwähnen.

Die vornehmlich in Berlin unter dem Namen **„KPD/Aufbauorganisation (KPD/AO)"** agierende Organisation hat beschlossen, ihre Arbeit unter dem Namen **„Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)"** fortzusetzen. Organ ist die *„Rote Fahne"*. Außerdem gibt die KPD/AO die *„Rote Pressekorrespondenz* (RPK)" heraus, die jetzt Organ des der Partei nahestehenden Kommunistischen Studentenverbandes ist.

Anarchistische Gruppen

... Anarchisten: Terror als politische Waffe

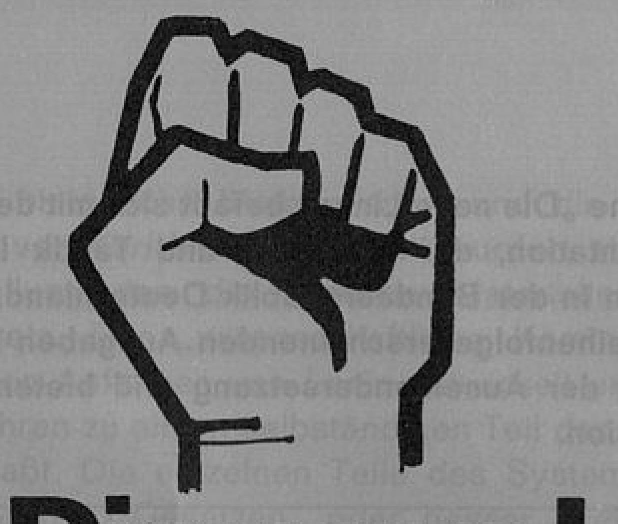
Neben den moskautreuen Kommunisten, den Maoisten und Trotzkisten betätigen sich noch anarchistische Gruppen in der Bundesrepublik. Hierzu sind die **Gruppe Baader/Meinhoff** (Rote Armee-Fraktion RAF), aber auch die verschiedenen **Tupamaros** und **Schwarzen Zellen** zu rechnen. Es handelt sich um streng konspirativ arbeitende kleine Gruppen, die im Terror eine politische Waffe sehen. In Berlin wird das Anarchistenblatt *„883"* verbreitet. Daneben erscheint als Organ der ältesten anarchistischen Gruppen *„Die Befreiung"*.

*

Diese Übersicht über linksradikale Organisationen ist notwendigerweise auf die wichtigsten Gruppen und Publikationen beschränkt. Ständig erfolgen Neu- und Umgründungen. Dabei zeichnet sich bei den Publikationen eine Machtübernahme durch DKP-Gruppen ab. ■

Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Tel. (0221) 37041, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 72, Tel. (0221) 380172

Redaktion: Dipl.-Volkswirt R. Tittel, Köln



Die neue Linke

7

Der Marxismus (I): Lehrsätze und Theorien

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

DER MARXISMUS (I): LEHRSÄTZE UND THEORIEN

Marxistische Gedankengänge erleben zur Zeit eine neue Hochkonjunktur in den westlichen Ländern. Es ist bezeichnend, daß die „Glaubenssätze" des Marxismus in den östlichen Ländern kaum, dafür aber um so ausgiebiger in den „kapitalistischen" Ländern diskutiert werden. Man hat dabei oft den Eindruck, als habe die hundertjährige, internationale Marxismus-Diskussion nie stattgefunden, so kritiklos werden von den verschiedensten linken Gruppierungen die Begriffe des Marxschen Vokabulars zu Markte getragen und auf die heutige Industriewelt angewandt.

Was ist Marxismus? In einer stark vereinfachten Darstellung lassen sich folgende Bestandteile der marxistischen Lehren unterscheiden:

Die vier Quellen des Marxismus

- *Der dialektische Materialismus* (DIAMAT): die philosophischen Grundlagen;
- *der historische Materialismus* (HISTOMAT): Anwendung des dialektischen Materialismus auf die menschliche Gesellschaft;
- *die Politökonomie:* die marxistische Volkswirtschaftslehre (siehe dazu „Die neue Linke" Nr. 8 und 9);
- *das System der Politik:* die Anwendung der Ideologie in der täglichen Praxis („Wissenschaftlicher Kommunismus").

Während der historische Materialismus und die Politökonomie bereits von *Karl Marx* entwickelt wurden, stammt die Gesamtdarstellung des dialektischen Materialismus von *Friedrich Engels*. Der „wissenschaftliche Kommunismus" wurde in seinen Anfängen von *Lenin* entwickelt und erst in den letzten Jahren zu einem selbständigen Teil der Ideologie zusammengefaßt. Die einzelnen Teile des Systems setzen sich aus mehreren „Gesetzen" oder besser „Lehrsätzen" zusammen.

Die Väter Marx, Engels, Lenin

I. Der dialektische Materialismus

Der DIAMAT besteht aus den Lehrsätzen des philosophischen Materialismus und der Dialektik. Wichtigster Lehrsatz:

— *Die Welt ist ihrer Natur nach materiell.* Der philosophische Materialismus (Materie = Stoff) geht von der Annahme aus, daß die Welt ausschließlich stofflicher Natur ist. Seele und Geist werden als Eigenschaften der Materie angesehen, die Existenz Gottes geleugnet. Anhänger des philosophischen Materialismus sind daher Atheisten. Sie glauben, daß sich alles in der Welt nach Gesetzen entwickelt, die in der Materie begründet sind und als erkennbar angesehen werden.

Materialismus

Aber: Der Materialismus ist eine Philosophie, die nicht beweisbar ist. Sie beruht wie andere Philosophien darauf, daß jemand bestimmte Annahmen für wahr hält. Der Materialismus gibt keine Antwort auf die Frage, woher die Materie kommt und wie sie letzten Endes entstanden ist. Auch die Frage, wie es zu den Gesetzmäßigkeiten gekommen ist, nach denen sich die Materie bewegt und entwickelt, bleibt unbeantwortet.

Die *Dialektik* baut auf dem philosophischen Materialismus auf. Marx übernahm die dialektische Denkweise aus der Philosophie Hegels. Nach ihr schreitet die Entwicklung in

Dialektik

Form eines Dialogs fort: einer These folgt die Antithese. Beide vereinigen sich in der Synthese.

In dem Buch „Die unvollkommene Gesellschaft" formuliert der jugoslawische Politiker und marxistische Theoretiker Milovan Djilas den DIAMAT in kürzester Form so:

Entwicklung durch innere Widersprüche

▶ „Die Welt ist a) materiell, b) objektiv wirklich, d. h. unabhängig vom menschlichen Denken und c) erkennbar . . . Alles ist a) bedingt und miteinander verbunden, b) alles verändert sich ständig, c) die Veränderung findet in aufsteigender Linie als Übergang vom alten quantitativen in einen neuen qualitativen Zustand als Entwicklung vom Niederen zum Höheren statt, und d) der Kampf der Gegensätze wohnt allem inne, er ist der innere Gehalt des Entwicklungsprozesses."

Das heißt: Alles, was in dieser Welt geschieht, steht in einem universellen Zusammenhang. Alles befindet sich in stetiger Veränderung. *Jede Entwicklung ist das Ergebnis innerer Widersprüche,* die zwangsläufig zu qualitativen Veränderungen, zum „dialektischen Sprung", zur Revolution führen. Dabei geht die Entwicklung immer vom Niederen zum Höheren, sie führt also zu einem dauernden Fortschritt.

Blinde Gesetzmäßigkeit

▶ *Aber:* Seit dieser Erkenntnis warten die Marxisten darauf, daß der „Kapitalismus" an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht. Die Geschichte zeigt, daß zahlreiche Revolutionen nicht das Ergebnis einer vom DIAMAT behaupteten blinden Gesetzmäßigkeit waren, sondern auf menschliches Machtstreben, Einwirkungen von außen usw. zurückzuführen sind. Weiter: Es ist eine Illusion, daß jede Entwicklung ganz von selbst zum Fortschritt führt. Dieser utopische Glaube an den Fortschritt hat sich gerade in jüngster Zeit als sehr zweifelhaft erwiesen. Im übrigen gilt das „Gesetz" der ständigen Veränderung nicht für den Marxismus; er ist als „objektive Wahrheit" nach marxistischer Ansicht unveränderlich.

II. Der historische Materialismus

Während sich nur wenige Theoretiker mit der Philosophie des Marxismus, dem DIAMAT befassen, hat der HISTOMAT mit seiner politischen Stoß- und Überzeugungskraft viele Menschen fasziniert. Er ist der politisch wichtigste Teil des Marxismus. Seine Grundgedanken:

▶ *Die Eigentumsverhältnisse*, modern gesprochen, die Wirtschaftsordnung, *bestimmen den Gang der Geschichte*. Dieser ist im Grunde genommen nur ein ständiger Kampf um Güter. Einer aus der gegebenen Wirtschaftsordnung Nutzen ziehenden Klasse steht immer eine andere Klasse gegenüber, die unter dieser Ordnung benachteiligt ist. Die begünstigte Klasse sucht die gegebene Ordnung zu erhalten, die benachteiligte sucht sie zu ändern. Infolgedessen ist *alle Geschichte eine Geschichte der Klassenkämpfe*. Hinter allen Ideen, Religionen, Weltanschauungen, Rechtsbegriffen, Rechtsordnungen, Staatsformen, Verfassungen, Sitten und Traditionen steht ein Klasseninteresse, dessen *ideologischer Überbau* sie sind.

Eigentum . . . Klassenkampf . . . Basis und Überbau

Diese Thesen sind in drei Lehrsätzen zusammengefaßt:

① **Die Lehre vom Klassenkampf:**

Nach Marx besteht die Geschichte aus Klassenkämpfen. Ihr Sinn ist der menschliche Fortschritt. Die Klassen unterscheiden sich nach ihrem *Verhältnis zu den Produktionsmitteln:* Die Kapitalisten sind im Besitz der Produktionsmittel, das Proletariat ist davon ausgeschlossen. Jede Klasse besitzt ein bestimmtes Klassenbewußtsein. Der Klassenkampf verschärft sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte, er gipfelt in der Revolution. Der historische Träger des Klassenkampfes im Kapitalismus ist das *Proletariat*.

Klassenkampf führt zur Revolution

Aber: Die Definition von Klassen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist zumindest einseitig. Geburt, Rasse, Religion, Nation waren und sind häufig wich-

tiger. Auch muß Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln nicht über die Zugehörigkeit zu einer Klasse entscheiden. So gehören z. B. die Manager großer Industrieunternehmen sicherlich zur „herrschenden Klasse" im Sinne des Marxismus, obwohl sie in der Regel keine Produktionsmittel besitzen (auch Marx hat das schon erkannt). Ebenso übersieht der HISTOMAT völlig die Kraft und Bedeutung des Mittelstandes.

Keine Klassenkampf-Automatik

Die wirtschaftliche Entwicklung in den kapitalistischen Ländern der Gegenwart liefert auch keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der These vom Klassenkampf als einzig belebendes Element der Geschichte. Die Klassengegensätze haben sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung eher vermindert als verschärft. Das *„Klassenbewußtsein des Proletariats"* — eine wesentliche Lehre des Marxismus — ist mit steigendem Wohlstand und zunehmenden Unterschieden innerhalb der Arbeiterklasse selbst mehr und mehr verlorengegangen. Auch die behauptete *„Automatik" des Klassenkampfes* stimmt nicht. Da sich der Klassenkampf nicht von selbst einstellte, hat Lenin später der Partei die Rolle der treibenden Kraft zugewiesen. Während Marx und Engels der Partei wenig Bedeutung zumaßen, fordert Lenin in seinem Buch „Was tun?":

Revolutionäres Bewußtsein durch die Partei

▶ Die Arbeiterklasse braucht zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele eine straffe Organisation, eine Partei. Diese muß dem bisher nur gewerkschaftlich interessierten Arbeiter das revolutionäre Bewußtsein bringen. Die Organisation muß straff und zentralisiert sein und die Massen unter Zuhilfenahme von Massenorganisationen diktatorisch führen. Die inneren Zirkel sollen klein sein und konspirativ arbeiten. Ihnen sollen nur Berufsrevolutionäre angehören. Jedes Parteimitglied hat aktiv mitzuarbeiten und Disziplin zu halten.

② Die Lehre von den 5 Grundformen der Gesellschaft:

Nach marxistischer Ansicht ist der Verlauf der Geschichte durch 5 Grundtypen der Gesellschaft gekennzeichnet, deren Reihenfolge gesetzmäßig notwendig ist. Kein Stadium kann übersprungen werden. Die Veränderungen erfolgen allmählich, bis es zu dem entscheidenden dialektischen Sprung, der Revolution, kommt. Die 5 Gesellschaftstypen sind:

Von der klassenlosen bis zur kommunistischen Gesellschaft

— *Die klassenlose Urgesellschaft:* Die Produktionsmittel sind Gemeineigentum; man benutzt Steinwerkzeuge; die Bildung von Privateigentum wird als „Sündenfall" betrachtet.

— *Die Sklavenhaltergesellschaft:* Die herrschende Klasse ist im Besitz der Produktionsmittel und der Arbeitskraft; charakteristisch sind Metallwerkzeuge, Viehzucht und Feldbau. In diesem Stadium beginnt der Klassenkampf (Sklavenaufstände).

— *Die Feudalgesellschaft:* Die herrschende Klasse ist im Besitz der Produktionsmittel, aber nur noch beschränkt im Besitz der Arbeitskraft. Der Klassenkampf wird fortgesetzt (Bauernkriege).

— *Die kapitalistische Gesellschaft/Imperialismus:* Die herrschende Klasse ist im Besitz der Produktionsmittel; die Arbeiter sind rechtlich frei, aber dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Charakteristisch sind Maschinenarbeit, Arbeitslosigkeit („Industrielle Reserve-Armee").

— *Die sozialistische und kommunistische Gesellschaft:* Sie folgt mit elementarer Gesetzmäßigkeit auf die höchste Stufe des Kapitalismus. Ihre Kennzeichen: die Produktionsmittel sind im Besitz der Arbeiterklasse; die Ausbeutung ist damit weggefallen.

Kein Naturgesetz

Aber: Die behauptete Aufeinanderfolge von Klassen und Gesellschaftsformen existiert in der Wirklichkeit nirgends in dieser Gesetzmäßigkeit. Überzeugend begründet wird nur der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Daß

Veränderung als Naturgesetz?

Änderungen der Technik auch Wandlungen in der Struktur der Gesellschaft ergeben, ist sicherlich richtig. Zweifelhaft ist aber, daß alle Wandlungen ausschließlich auf Änderungen der Produktionsverhältnisse beruhen. Sehr häufig sind Sozialordnungen durch äußere Einflüsse abgelöst worden (Rom durch die Völkerwanderung, die indianischen Kulturen durch die spanischen Eroberer) oder auch durch Gewalt von außen erzwungen worden (z. B. die östlichen Volksdemokratien nach dem 2. Weltkrieg). Der Kommunismus hat sich in den „kapitalistischen" Ländern nicht durchsetzen können, eher in kapitalschwachen Agrarstaaten, was den marxistischen Gesetzen völlig widerspricht. Die Feststellung, daß auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung die sozialistische und später die kommunistische gewissermaßen naturgesetzlich folgen muß, ist also *nichts weiter als eine ideologische Forderung, kein beweisbares Gesetz.*

③ Die Lehre von Basis und Überbau:

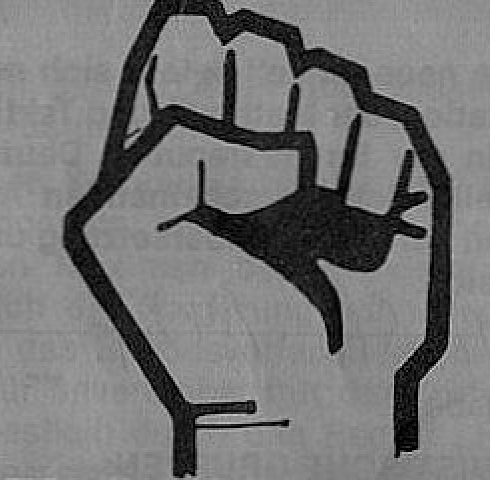
Nach Marx hat jedes Produktionsverhältnis, jede Gesellschaftsform (die Basis), den dazugehörigen Überbau, der sich bei einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur ebenfalls ändert. Die Basis schafft sich also ihren eigenen Überbau. Zu diesem Überbau gehören: Ideen, Religionen, Weltanschauungen, Rechtsbegriffe und -ordnungen, Staatsformen, Verfassungen, Sitten und Traditionen.

Basis ohne Überbau?

Aber: Auch diese wichtige Erkenntnis ist kein unabänderliches Gesetz, wie Marx meinte. Dies läßt sich u. a. am Beispiel des Christentums zeigen, das sehr unterschiedliche ökonomische Ordnungen überlebte. Auch in den sozialistischen Staaten ist dieses „Gesetz" durchbrochen worden: Hier siegte erst die Idee und schuf dann den sozialistischen Staat. Erst setzte sich also der Überbau durch, der dann die sozialistische Basis bildete.

(Wird fortgesetzt; s. Ausgaben Nr. 8 und 9).

Herausgeber: Deutsches Industrieinstitut, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 84-88, Tel. (0221) 37041, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 5 Köln 51, Oberländer Ufer 72, Tel. (0221) 380172
Redaktion: Dipl.-Volkswirt R. Tittel, Köln



Die neue Linke

33

Linksextremistische Gruppen: Wer ist wer?

Die Reihe „Die neue Linke" befaßt sich mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die in zwangloser Reihenfolge erscheinenden Ausgaben gelten Schwerpunkten der Auseinandersetzung und bieten Hilfen für die Diskussion.

In dieser Ausgabe:

LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN: WER IST WER?

Die Zahl der Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland wächst. Nach Erkenntnissen des Bundesministeriums des Innern hat sie sich — nach Abzug von Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen Organisationen — auf rund 105.000 in 279 Organisationen erhöht (Bundesministerium des Innern, Hrsg., „betrifft: Verfassungsschutz 1975", Bonn 1976). Anfang 1971 wurden in der Bundesrepublik rund 65.000 Linksextremisten in etwa 250 Organisationen und Gruppen registriert. Der Zuwachs um etwa 60% ist beachtenswert, obwohl die Linksextremisten, gemessen an der Bevölkerungszahl, nur eine verschwindend kleine Minderheit von 0,16% bilden und in eine Vielzahl von Parteien, Gruppen und Grüppchen zerfallen sind, die einander teilweise heftige ideologische Auseinandersetzungen um die Interpretation der reinen marxistischen Lehre liefern.

Beachtlicher Zuwachs

Zur Unterscheidung der Linksextremisten ist eine ebenso einfache wie klare Definition gebräuchlich:*)

Alte und neue Linke

ALTE LINKE: die nach Moskau orientierten Gruppen;
NEUE LINKE: die übrigen linksextremistischen Gruppen.

I. DIE ALTE LINKE

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Nachdem die frühere Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1956 verboten worden war, wurde erst 1968 in der Bundesrepublik Deutschland eine kommunistische Partei neu konstituiert. Sie gab sich auf ihrem 1. Parteitag 1969 in Essen den Namen „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP). Strategie und Taktik wurden in der „Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei"

---

*) Die vorliegende Reihe macht diesen Unterschied nicht; sie sucht die Sachauseinandersetzung mit den Argumenten a l l e r linksextremen Gruppen.

von 1969 und in den „Thesen des Düsseldorfer Parteitages“ von 1971 festgeschrieben.

Die moskautreuen Kommunisten der DKP bejahen einerseits das Grundgesetz, bekennen sich aber im gleichen Atemzug zu den Maximen des Marxismus-Leninismus. Dazu gehört auch die Forderung nach der Diktatur des Proletariats, die das Bundesverfassungsgericht im „KPD-Verbotsurteil“ für unvereinbar mit der Verfassung erklärt hatte und die deshalb durch den Begriff „Herrschaft der Arbeiterklasse“ ersetzt („Grundsatzerklärung . . .“) wurde.

Sozialismus à la Ostblock

Die DKP erhebt den Anspruch, die einzige kommunistische Partei der Bundesrepublik (UZ — unsere zeit, Zeitung der DKP, 27.2.1975, S. 19) und eine „eigenständig wirkende“ Partei (UZ, 26.3.1976, S. 3) zu sein. In ihren Thesen ordnet sie sich jedoch kritiklos den von der UdSSR und der DDR gezogenen politischen Leitlinien unter (Thesen 17 und 18). Sie will für einen Sozialismus kämpfen, wie er als „Grundmodell in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht wird“ (These 40).

Gemessen an der Mitgliederzahl ist die DKP unbedeutend. Nach Angaben ihrer Parteizeitung (UZ, 20.3.1976, S. VI), zählt sie derzeit 42.453 Mitglieder. Bei Wahlen gelingt es ihr in der Regel, knapp das Doppelte bis Dreifache ihrer Mitgliederzahl an Wählerstimmen zu mobilisieren. Ein Vergleich zur Weimarer Republik macht den zahlenmäßigen Rückgang der Kommunisten deutlich: Die KPD war damals eine Massenpartei mit 350.000 Mitgliedern. Bei den Wahlen am 8.11.1932 errang sie rund 6 Millionen Stimmen (16,9%); das ist das 17fache ihrer Mitgliederzahl.

42.000 Mitglieder

Die zahlenmäßige Schwäche der Partei sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Einfluß der Kommunisten in den Studentenverbänden (s. dazu: Die neue Linke Nr. 30), die Infiltration der Gewerkschaften und die Basisarbeit in Betrieben (s. dazu: Die neue Linke Nr. 11 und 25) beträchtlichen Umfang angenommen haben. Nach eigenen Bekundungen der DKP sind fast 85% ihrer Mitglieder gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder (DKP-Parteitagsinformation Nr. 3/1973). Die DKP versucht gleichzeitig, den Gedanken einer „Volksfrontpolitik“ populär zu machen, indem sie zu „einer breiten Front aller Linkskräfte“ (UZ, 20.3.1976, S. III) aufruft.

Volksfrontpolitik

Zusammen mit ihren Hilfsorganisationen verbreitet die

DKP ihre politischen Ansichten in etwa 200 Zeitungen, Periodika und Informationsschriften. Die wichtigsten sind:

UZ — unsere zeit	Zentralorgan der DKP, Aufl. 40.000
Marxistische Blätter	Theoretisches Organ der DKP
elan	Sprachrohr der SDAJ (s. u.)
rote blätter	Zentralorgan des MSB Spartakus (s. u.)
Willibald	Zeitschrift für die Jungen Pioniere (s. u.)
Deutsche Volkszeitung (DVZ)	Sprachrohr der DFU (s. u.)
die tat	Sprachrohr der VVN-BdA (s. u.)

Außerdem erscheinen rund 500 regionale Parteizeitungen auf Bezirks-, Orts- und Stadtteilebene. In den Betrieben, dem wichtigsten Kampffeld der DKP, sind 471 DKP-Betriebszeitungen (davon erscheinen 370 regelmäßig) und 245 Betriebs-, Lehrlings- und Berufsschulzeitungen der SDAJ (s. u.) bekannt. Insgesamt gaben die moskauorientierten kommunistischen Gruppen 1975 in der Bundesrepublik Deutschland rund 1.420 Publikationen mit einer wöchentlichen Auflage von etwa 800.000 Exemplaren heraus.

370 Betriebszeitungen

Um die ideologische Schulung der Mitglieder zu verbessern, die von der Parteiführung immer wieder kritisiert wird (UZ, 20.3.1976, S. VII), werden in der „Karl-Liebknecht-Schule" in Essen ein- und mehrwöchige „Marxismus-Seminare" durchgeführt. Die DKP-Hilfsorganisation „Marxistische Arbeiterbildung" (MAB) in Wuppertal-Elberfeld ist für die marxistische Bildungsarbeit an der Basis verantwortlich. Sie unterhält 59 Bildungsgemeinschaften und 31 „Marxistische Abendschulen".

Schulung im Ostblock

Parteifunktionäre werden vorwiegend in der UdSSR und in der DDR geschult. In Ostberlin hat die SED für die DKP das „Franz-Mehring-Institut" eingerichtet. Eine weitere Schulungsstätte ist die „Hochschule der FDJ" in Bernau. Mehrere hundert DKP-Funktionäre haben bereits eine längere Ausbildung (3—12 Monate) am Moskauer „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU" und an der „Hochschule des Leninschen kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion" (KOMSOMOL) absolviert.

Die Einnahmen der DKP beliefen sich 1974 nach eigenen Angaben auf knapp 11,5 Millionen DM; davon kamen rund 2 Millionen DM aus Mitgliederbeiträgen, weitere 7,1 Millionen aus Spenden. Diese Einnahmen reichen nach Ansicht von Experten bei weitem nicht aus, um die Kosten des Parteiapparats, der Wahlkämpfe, Veranstaltungen und Publikationen zu decken. Man schätzt deshalb, daß die DKP über kommunistische Firmen im westlichen Ausland aus der DDR jährlich etwa 30 Millionen DM erhält.

30 Millionen aus der DDR

Nachwuchs- und Hilfsorganisationen der DKP

Die **„Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation"** sollen „die Traditionen der proletarischen Kinderbewegung in Deutschland" aufgreifen und die „Kinderfeindlichkeit des kapitalistischen Systems" anprangern. Mitgliederzahl: 1.900 Kinder im Alter von 6—14 Jahren.

Nachwuchs . . .

Die **„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)** mit etwa 13.000 Mitgliedern ist wegen der ideologischen Übereinstimmung und der personellen Verflechtung als Jugendorganisation der DKP anzusehen. Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit: Die „Massenarbeit" unter der arbeitenden und lernenden Jugend und der Kampf gegen die Bundeswehr. Auf regionaler Ebene ist es der SDAJ mehrfach gelungen, mit linken Jugendgruppen in Aktionseinheiten zusammenzuarbeiten. Der wiederholte Versuch, in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden, ist gescheitert. Gegen die Bundeswehr arbeitet die SDAJ mit den **„Arbeitskreisen Demokratische Soldaten" (ADS)** zusammen. SDAJ-Mitglieder werden angehalten, in der Bundeswehr Dienst zu tun, um so Zersetzungsarbeit von innen her leisten zu können.

. . . Arbeiterjugend . . .

Der **„Marxistische Studentenbund Spartakus" (MSB Spartakus)** ging 1971 aus der moskautreuen Fraktion des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hervor. Mit 5.000 Mitgliedern zählt er zu den größten Studentenorganisationen. Zusammen mit seinen Bündnispartnern, dem „Sozialistischen Hochschulbund" (SHB), behauptet er in den Studentenvertretungen eine starke Stellung (s. dazu auch: Die neue Linke Nr. 30).

. . . und Studenten

Die Arbeit der DKP wird von einer Reihe von Hilfsorganisationen getragen, die z. T. kommunistisch gesteuert, z. T. kommunistisch infiltriert sind:

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Frankfurt/M
Bund Demokratischer Wissenschaftler (BdWi), Marburg
Demokratischer Kulturbund Bundesrepublik Deutschland (DKBD), Karlsruhe
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Essen
Deutsche Friedens-Union (DFU), Köln
Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DPG), Düsseldorf
Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS), Frankfurt/M
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ), Köln
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Frankfurt/M

II. DIE NEUE LINKE

Unter dieser Bezeichnung wird eine Vielzahl von ideologischen Gruppierungen zusammengefaßt, die sich nach Mao, Trotzki, Castro oder anderen marxistischen Leitbildern ausrichten. Knapp 80 davon sind im letzten Jahr durch politische Aktivitäten hervorgetreten. Erwähnenswert sind:

1. Maoisten

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Für Diktatur des Proletariats

Der KBW ist eine zahlenmäßig sehr kleine, ideologisch aber gut geschulte politische Gruppierung. Seine Mitgliederzahl wird auf 2.500 geschätzt, die in rund 100 Orts- und Sympathisantengruppen zusammengefaßt sind. Dem KBW angeschlossen sind eine größere Zahl von Hochschul-, Schüler- und Soldatengruppen sowie die „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV), die sich auch „Organisation der werktätigen Intelligenz" nennt.

Zentralorgan des KBW ist die „Kommunistische Volkszeitung" (KVZ), die 14tägig mit 55.000 Exemplaren erscheint. Der KBW will in der Bundesrepublik die klassenlose kommunistische Gesellschaft nach dem Vorbild der Volksrepublik China errichten und als Voraussetzung die Diktatur des Proletariats einführen. Er ist überzeugt, dieses Ziel nur mit Waffengewalt erreichen zu können (KVZ, 22.5.1975).

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

1970 von ehemaligen SDS- und APO-Funktionären in Berlin gegründet. Die Zahl der Mitglieder wird auf 700 geschätzt, die in 6 Regionalkomitees mit etwa 70 Zellen erfaßt sind. Die Partei hat sehr aktive Unterorganisationen mit mehreren tausend Mitgliedern.

— Kommunistischer Studentenverband (KSV);
— Liga gegen den Imperialismus;
— Rote Hilfe e.V.;
— Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender (VSK).

Zentralorgan ist die „Rote Fahne", die wöchentlich mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren erscheint.

Gewalt-samer Klas-senkampf

Die KPD sieht ihr ideologisches Vorbild in Peking. Sie will in der Bundesrepublik Deutschland die „klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus" aufbauen (Statut der KPD), was nur gewaltsam möglich sei. Nach dem Besuch einer KPD-Funktionärsdelegation in Peking im Mai/Juni 1975 wurde überraschend die bis dahin vertretene politische Taktik geändert. Während die KPD bis dahin die Bundeswehr ablehnte, tritt sie jetzt für eine Verbesserung der Kampfkraft der Streitkräfte und für eine bessere Rüstungspolitik ein (Rote Fahne, 2.7.1975, S. 3).

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

1968 in Hamburg gegründet, hat die KPD/ML etwa 800 Mitglieder und hält unter den extremistischen Parteien den Rekord an ideologischen Absplitterungen. Zeitweise gab es fünf Gruppierungen, die sich alle „KPD/ML" nannten und sich nur durch den Namen ihrer jeweiligen Parteizeitung unterschieden. Die hier behandelte KPD/ML gibt als Zentralorgan den „Roten Morgen" (wöchentlich 24.000 Exemplare) heraus und führt folglich den Namen „KPD/ML" („Roter Morgen"). Aktive Untergruppen sind die „Roten Garden" (RG) und die „Rote Hilfe Deutschlands" (RHD).

Vorbild: Mao

Die KPD/ML kämpft für eine kommunistische Gesellschaft nach dem Vorbild der Volksrepublik China. Dieses Ziel soll notfalls mit Waffengewalt erreicht werden (Bundesministerium des Innern, Hrsg., „betrifft: Verfassungsschutz 1972", Bonn 1973, S. 90). Die KPD/ML hat ein enges Verhältnis zum chinafreundlichen Albanien.

Taktische Manöver

Gleichzeitig mit der KPD (s.o.) hielt sich auch eine KPD/ML-Abordnung zur ideologischen Aufrüstung in Peking auf. Ebenso wie diese machte sie anschließend den offensichtlich von den chinesischen Genossen geforderten Schwenk in der politischen Taktik mit: sie trat für eine starke Bundesrepublik und ein starkes Westeuropa ein. Ende 1975 kehrte die KPD/ML aber zu den alten Kampfparolen zurück (Roter Morgen, 3.1.1976).

Der **„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB)** mit etwa 300 Mitgliedern hat seinen Schwerpunkt in Bayern. Sein Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung" erscheint monatlich mit 4.000 Exemplaren.

Kleine Splittergruppen

„Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) nennt sich eine im südwestdeutschen Raum tätige Gruppe. Ihr Zentralorgan „Rote Fahne" erscheint monatlich mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren.

Der **„Kommunistische Bund Hamburg" (KB)** ist mit rund 800 Mitgliedern im norddeutschen Raum aktiv. Das monatlich erscheinende Zentralorgan „Arbeiterkampf" hat 17.000 Auflage. Der KB ist in Hamburg die schlagkräftigste linksextreme Gruppierung.

2. Die Trotzkisten

Gruppe Internationale Marxisten — Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM)

Die deutsche Sektion dieser trotzkistischen Partei wurde Ende 1969 in Mannheim gegründet. Sie untersteht der Zentrale der „IV. Internationale" in Brüssel, deren Generalsekretär Ernest Mandel ist. Die GIM hat in der Bundesrepublik etwa 600 Mitglieder, die in knapp 50 „Stützpunkten" organisiert sind. Ihr monatlich erscheinendes Zentralorgan „was tun" hat eine Auflage von 7.500 Exemplaren.

Bewaffneter Kampf

Die GIM proklamiert den „bewaffneten Kampf zum Sturz der internationalen Bourgeoisie" (Sondernummer Mai 1970 der Zeitschrift der IV. Internationale „quatrième internationale", S. 4). Für die Trotzkisten umfaßt das Proletariat auch die Intelligenz und die Studenten; sie bilden die revolutionäre Klasse (Mandel, Ernest, „Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf", in: „basisgruppe", Berlin 1970, Heft 3/4).

Die vorliegende Ausgabe tritt an die Stelle der überholten Nr. 6 (1971) dieser Reihe.

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln
Redaktion: Dipl.-Volkswirt R. Tittel, Köln

Nr. 33/1976 © Deutscher Instituts-Verlag GmbH, 5 Köln 51, Postfach 510 670, Oberländer Ufer 84–88, Telefon (02 21) 3 70 43 41